

UNIA



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Endo Anaconda ist tot: Tschou, alter Kamerad! Seite 5



Sans-papiers ans Licht!

Köchin Leilani erzählt aus ihrem Leben im Versteckten. Seiten 10–12

Pfui-Labor in Frauenfeld?

Mitarbeitende reden von Grusel-Zuständen bei Covid-Tests. Seite 3

Star Ken Loach gegen die DPD

Der britische Filmster solidarisiert sich mit geschassten Tessiner DPD-Fahrern. Seite 4

Zur Pensions-Kasse, bitte

So lesen Sie Ihren Pensionskassen-ausweis richtig! Der grosse work-Ratgeber sagt, worauf es dabei ankommt. Seiten 14–15

«Nie wieder Fukushima!»

Oder doch?

Brüssel setzt wieder auf **Atomstrom**. Und in der **Schweiz** strahlt die **FDP** schon fast wieder wie früher.

Seite 9

WELT AM ABGRUND: Szene aus dem Film «Fukushima 50» von Setsurô Wakamatsu.



FREUDENTAGE

Quarantäne-Pflicht weg, Homeoffice-Pflicht weg, fallen demnächst auch das Zertifikat und die Maskenpflicht im öffentlichen Raum? Gegen den massiven Druck der Wirtschaft gibt es im Bundesrat kein Halten mehr. Eine Gewerblerfront fordert sogar einen «Tag der Freiheit»: Alle Corona-Massnahmen sollen an einem Tag fallen. Aber nicht immer sind Rückübersetzungen aus dem Englischen frei von Fallen. «Tag der Freiheit» heisst auch ein Propaganda-

Warum nur will nicht richtig Freude aufkommen?

die wiedergewonnene militärische Stärke des Deutschen Reichs nach der Macht-ergreifung der Nazis. Ähm? Okay, viele Gegnerinnen und Gegner der Corona-Massnahmen haben keine Berührungsängste mit Rechtsextrem. An ihrer letzten Corona-Demonstration in Bern liessen sie die Neonazis sogar vorangehen.

1A-EIGENGOAL. SP-Gesundheitsminister Alain Berset redet nicht vom «Tag der Freiheit», aber er verkündet «mehrere Freudentage». Und einen Ausstieg aus der Corona-Pandemie, der plötzlich schnell gehen könnte. Und dennoch will nicht richtig Freude aufkommen. Warum nur?

Weil der Hauruckausstieg aus der Pandemie Durchseuchung heisst? Und täglich mehr als 30 000 Menschen in der Schweiz erkranken (Stand 2. Februar)? Etwas, das uns die Rechten von Anfang an zumuten wollten. Und nun rücksichtslos durchdrücken. Oder trübt vielleicht Berset persönlich seine selbstverkündete Freude? Weil er definitiv die Nase voll hat vom «Bad Guy»-Image, das ihm die SVP und die Schwurbler in der Coronakrise anhängen konnten? Und jetzt unbedingt als «Good Guy» vorpreschen und das Ende der Pandemie verkünden möchte? Bevor ihm Ueli, der Corona-Maurer und Trychler-Freund, die Show stiehlt? Sind wir verstimmt, weil dieses narzisstisch gesteuerte Berset-Manöverchen so durchsichtig ist? Oder weil der Gesundheitsminister kürzlich jenes vergiftete Wort in den Mund nahm, das er nie hätte in den Mund nehmen dürfen? Rein aus Selbsterhaltung nicht. Für Geimpfte sei Omikron eher wie eine Grippe, sagte er am welschen Fernsehen. WIE EINE GRIPPE! Was für ein 1A-Eigengoal – und welche Schadenfreude bei allen Corona-Schwurbeinden! Trübt vielleicht dies unsere Freude? Oder hat uns das Virus derart madig gemacht, dass wir uns gar nicht mehr freuen wollen? Jedenfalls nicht zu früh?

NACH CORONA. Eines ist sicher: «Nach Corona» wird es nicht geben. Weil das Virus bei uns bleibt. Nicht pandemisch, aber endemisch. Und weil uns die Coronakrise verändert hat. Es wird nie mehr sein wie «vor Corona». Nicht nur, weil wir plötzlich masken-, abstand- und homeofficeerprobt worden sind. Mindestens wir hier im reichen Norden. Nein, wir haben auch etwas über uns gelernt. Etwas Überlebenswichtiges: Wenn ein winziges Virus es will, dann sind wir schachmatt. Nicht für immer, aber immerhin. Wo wir doch immer dachten, wir seien die Krone der Schöpfung.

Logistikfirma Swissjust: work zu Besuch in Buenos Aires
Compañeros feiern ihren Erfolg mit Appenzeller Biberfladen



LOHN DER HARTNÄCKIGKEIT: Die früheren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Swissjust haben sich durchgesetzt. Ein Grund zum Feiern fürs ganze Team um Mardonio Racedo (7. von rechts, neben work-Redaktor Jonas Komposch). FOTO: ZVG

Hohe Entschädigungen und Rückzug von Strafanzeigen – das haben sich 25 entlassene Büezerinnen und Büezer von Swissjust Argentina hart erkämpft. work-Redaktor Jonas Komposch hat diesen Erfolg mitgefeiert.

JONAS KOMPOSCH Für ein rauschendes Fest fehlte zwar das Geld. Doch einen geselligen Grillabend liessen sich die 25 ehemaligen Arbeiterinnen und Arbeiter der argentinischen Logistikfirma Swissjust in Buenos Aires nicht nehmen. Zumal die Unia-Jugend Ostschweiz Finanzhilfe, fast ein Kilo Schokolade und einen originalen Appenzeller Biberfladen beigesteuert hat. «Als kleine Geste der internationalen Solidarität», wie der Arboner Gewerkschaftssekretär Lukas Auer erklärt. Über den Atlantik gebracht hatte die süsse Ware wiederum der Schreibende in seinen Weihnachtsferien.

Die freundschaftlichen Bande zwischen der Unia und dem Büezerkollektiv in Argentinien bestehen seit letztem Früh-

ling. Damals hatte Swissjust, eine Partnerfirma des florierenden Appenzeller Kosmetikmultis Just, die ganze Belegschaft in ein verlängertes Wochenende geschickt – bloss, um das Logistikzentrum heimlich leerzuräumen und für immer zu schliessen (work berichtete: [rebrand.ly/unjust](https://www.work.ch/rebrand.ly/unjust)). Einen derart miesen Rauswurf mitten in der Coronakrise liessen sich die Geschassten aber nicht gefallen. Kurzerhand besetzten sie ihren langjährigen Arbeitsort. Und harrten über zehn Monate aus! Das hat sich gelohnt: Am 30. Dezember verpflichtete sich Swissjust schriftlich, den Ex-Mitarbeitenden Abgangsentschädigungen von bis zu 20 Monatslöhnen zu zahlen. Bereits ist das meiste Geld eingetroffen. Protestführer Mardonio Racedo (41) ist stolz: «Die Kapitalisten zahlten einen hohen Preis für den Angriff auf uns. Sämtliche Abfindungen sind deutlich höher als das, was sie uns ursprünglich angeboten haben.»

KOMMT EINE GENOSSENSCHAFT? Swissjust unterzeichnete zudem eine Vereinbarung, die Strafanzeigen gegen Racedo zurückzuziehen. Ihm hatte die Firma unter

anderem Hausfriedensbruch vorgeworfen. Im Gegenzug gaben die Arbeiterinnen und Arbeiter das besetzte Logistikzentrum an den Eigentümer zurück. Wo sie aber in Zukunft arbeiten werden, sei noch völlig ungewiss, sagt Mardonio Racedo. Denn die Stellensuche im krisengebeutelten Andenstaat gestaltet sich äusserst schwierig. Erschwerend kommt die Arbeitslosenquote hinzu, die wegen Corona in die Höhe geschossen ist. Laut Regierung leben seither schon über 40 Prozent der Bevölkerung in Armut. Doch die Swissjust-Compañeros haben Ideen. Racedo: «Wir überlegen uns, eine Genossenschaft zur Gipsplattenproduktion zu gründen.» Um über die Runden zu kommen, hätten sie bereits während der Besetzung Gipsplatten hergestellt. Und auch mit dem Arbeiten im Kollektiv und demokratischen Entscheidungsprozessen hätten sie nun reichlich Erfahrung. Racedo ist sogar überzeugt: «Wenn wir Lohnabhängige am Arbeitsplatz demokratische Versammlungen abhalten, dann ist alles möglich – sogar eine gerechte Gesellschaft!»



FOTO: ZVG

Mehr Mutterschutz in Sicht

LUZERN. Beim Mutterschutz ist die Schweiz das Schlusslicht Europas. Während sämtliche Länder des Kontinents einen mehrwöchigen vorgeburtlichen Mutterschaftsurlaub kennen, müssen Frauen hierzulande bis zur Entbindung arbeiten. Es sei denn, sie lassen sich krank schreiben oder beziehen Ferien. Wenigstens die Stadt Luzern

macht jetzt vorwärts! Mitarbeiterinnen der Verwaltung sollen neu drei Wochen vorgeburtlichen Mutterschaftsurlaub erhalten – zusätzlich zu den 16 Wochen nach der Geburt. Ende Januar überwies das knapp links dominierte Stadtparlament eine SP-Motion an die Regierung. Diese gab bereits grünes Licht. Nicht zuletzt mit dem Argument, ein regulärer und einheitlicher Urlaub erleichtere die Personalplanung. Ähnliche Vorstösse gibt es auf kantonaler und nationaler Ebene, sie stossen dort aber auf Widerstand der Bürgerlichen.



MUTTERZEIT: Plus drei Wochen in Luzern. ISTOCK

Divoora-Driver gegen Minutenlöhne

LUGANO. Immer lauter wird die Kritik am Tessiner Food-Lieferdienst Divoora. Vor seinem Geschäftssitz protestierten am 3. Februar erneut Fahrerinnen und Fahrer gemeinsam mit der Unia. Dabei deponierten sie eine von 2200 Personen unterzeichnete Petition. Diese verlangt von Divoora «Respekt und Würde für die Driver». Konkret: die sofortige Bezahlung aller geleisteten Arbeitsstunden, garantierte Mindestarbeitszeiten, korrekte Spesenabrechnung für die Nutzung von



KLARE FORDERUNGEN: Divoora muss Arbeitsbedingungen verbessern. FOTO: ZVG

Privatfahrzeugen und die Anerkennung des Rechts auf Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Bei Divoora brodelt es seit Oktober. Damals hatte die Lieferfirma über Nacht ein Minutenlohn-System eingeführt.

Corona: Bundesrat freudentagt

BERN. Der Bundesrat erklärt die Pandemie für beendet. Ohne es so zu sagen. So wie er auf die Durchseuchung gesetzt hat, ohne es so zu sagen. Trotz Rekordansteckungszahlen ist der Druck auf eine zweite Haurucköffnung offenbar einfach zu gross. Und das Projekt Durchseuchung zu weit fortgeschritten. Die Spitäler sind zwar unter Druck, aber nicht untergegangen. Die aktuelle Omikron-Variante funktioniert als «schmutzige Impfung». Motto: Wenn es eh schon läuft, dann lassen wir es grad ganz laufen. Darum hob der Bundesrat die Homeoffice-Pflicht am 2. Februar (Redaktionschluss dieser Ausgabe) per sofort auf und schwächte sie zu einer Empfehlung ab. Auch die Quarantäne fiel per sofort weg. Per 17. Februar will der Bundesrat die restlichen Schutzmassnahmen entweder alle auf einmal abschaffen oder leicht gestaffelt. Auf jeden Fall nichts mehr wissen will er von der Zertifikatspflicht in Restaurants, Veranstaltungen oder Freizeit- und Kulturbetrieben. Kantone, Parteien und Verbände können sich jetzt vernehmlassen.



EN GUETE: Das Lager im Postkeller war auch «Kantine». Auf dem gleichen Stockwerk wurden Spuckproben gemischt.



LARIFARI: Tenue-Regeln wurden nicht durchgesetzt.



MIT BLOSSEN HÄNDEN: Kein Hygieneproblem? FOTOS: ZVG

Gepanschte Speichelproben, Essensreste und ungeimpfte Mitarbeitende

Wie gruusig darf ein Corona-Labor sein?

Milena Kolic kann es immer noch nicht fassen, wie es im Corona-Labor Misanto in Frauenfeld zu- und herging: «Dass es so etwas in der Schweiz überhaupt gibt!» sagt die ehemalige Mitarbeiterin. Und nicht nur sie. Doch Misanto-CEO Thomas Krech gibt Entwarnung.

JONAS KOMPOSCH

Das Testen ist ein zentraler Pfeiler der bundesrätlichen Strategie zur Bekämpfung der Coronapandemie. Doch was, wenn die Testlabors nicht ganz sauber sind? Diesen Vorwurf erheben zwei ehemalige Mitarbeiterinnen der Thurgauer Misanto AG. Schon nach wenigen Wochen verliessen sie das Unternehmen – und schlugen bei der Unia Alarm. «Ich habe sofort gemerkt, dass hier etwas faul ist.» Das sagt Milena Kolic* über ihren ersten Arbeitstag. Dieser begann im Kellergeschoss der alten Hauptpost in Frauenfeld TG. Schmutzig sei es gewesen, und auf den Tischen gab es Essensreste. Zudem seien viele der Mitarbeitenden ohne Maske, Handschuhe und Laborkittel an der Arbeit gewesen.

Bald erfuhr Kolic auch noch, dass sogar Ungeimpfte im Team waren. Zwar habe Misanto zweimal wöchentlich einen Coronatest verlangt, doch es habe Mitarbeitende gegeben, die wochenlang nicht getestet worden seien. Für sie unglaublich: «Dass so was in der Schweiz möglich ist! Ich machte mir grosse Sorgen – nicht nur um mich.» Dennoch wollte sie ihren neuen Job nicht gleich hinschmeissen. Und so

musste Kolic im alten Postkeller tagein, tagaus PCR-Spuckproben «poolen». Beim Poolen wird der Speichel von zehn Personen zu einem «Analysepool» vereint. Eigentlich ein raffiniertes, weil zeitsparendes Verfahren. Doch bei Misanto war laut Kolic der Zeitdruck zu hoch. Mit Folgen.

WIE IM SCHULLAGER

«Viele panschten die Proben einfach von Hand zusammen, statt sie vorschriftsgemäss zu pipettieren.» Dabei sei immer wieder Testflüssigkeit ausgeschüttet worden. Das bestätigt auch Kolics Ex-Kollegin Ruth Eberle*. Und sie ergänzt: «Die Sauereien hat man zwar weggewischt. Doch die kontaminierten Papiertücher hat man oft in den normalen Hausmüll geschmissen statt in den Medizinabfall.» Und selbst bei der-

«Dreimal lagen auf unseren Arbeitstischen noch Pizzaschachteln vom Vortag.»

EX-MITARBEITERIN MILENA KOLIC

artigen Putzarbeiten hätten manche noch auf Handschuhe gepfiffen. Ebenso beim Etikettieren der Proben, weil das mit Handschuhen mühsam sei. Überhaupt lasse die Hygiene im gesamten Betrieb zu wünschen übrig. Kolic sagt: «Sicher dreimal lagen auf unseren Arbeitstischen noch Pizzaschachteln vom Vortag herum.» Viele Mitarbeitende seien wohl einfach noch zu jung und hätten keine Lust auf diese Art von Job. Und auch Eberle findet: «Jeder macht, was er will. Ich kam mir manchmal vor wie im Primarschullager.» Haben denn die Vorgesetzten nicht interveniert?

Kolic und Eberle verneinen. Sie erlebten die Oberen nämlich kaum zuverlässiger. Das zeige der fahrlässige Umgang mit dem Datenschutz. Hochsen-

sible Patientendaten würden einfach in Chatgruppen herumgeschickt. Tatsächlich stellte eine Misanto-Vorgesetzte die Namen, Adressen und Testresultate von neun Testpersonen in einen Whatsapp-Mitarbeiter-Chat. Die entsprechende Nachricht liegt work vor. Kolic und Eberle hegen daher einen Verdacht.

LARIFARI UND PROFIT

Eberle erklärt: «Das ganze Larifari hat man bewusst in Kauf genommen – zugunsten des Profits!» Fakt ist: Misanto verlegte die Pooling-Station im Dezember vom besagten Keller in eine benachbarte Privatwohnung der Post. Mitten in einem Wohnblock hantierten nun an die zehn Personen mit Speichelproben. Doch auch das war nur eine provisorische Lösung, ein erneuter Wohnungswechsel stand bevor. Und nun stellte eine Vorgesetzte eine seltsame Warnung in den Whatsapp-Gruppenchat: «Achtung, morgen kommt die Wohnungsverwaltung für Wohnungsbesichtigung mit Mietern (Masken tragen, macht ihr ja eh), und dann nicht Pools umfüllen, danke.» «Maske tragen» und «nicht umfüllen»? Sollte damit etwas verheimlicht werden? work hat bei Misanto-CEO Thomas Krech nachgefragt.

«SIE KONTROLLIEREN UNS»

Geschäftsführer Krech sagt: «Das kann ich mir nicht erklären, von der Geschäftsleitung kam diese Anweisung jedenfalls nicht.» Auch würden auf Whatsapp keine Personendaten herumgeschickt: «Wir erlauben maximal das Versenden von Geburtsdatum und Initialen. Alles andere wird sanktioniert.» Im Übrigen gelte die Pflicht, Kittel, Maske und Handschuhe zu tragen. Allerdings gesteht der Virologe: «Bei den Kitteln drücken wir manchmal ein Auge zu. Ich bin als Laborleiter ein Leben lang ohne herumgelaufen und habe noch nie Schaden genommen.»

Ausserdem könne es ja passieren, dass jemand mal keine Maske trage. Masken seien aber «das Allerwichtigste», da sich das Virus über Tröpfchen und nicht über Oberflächen verbreite. Krech bestätigt auch das Umleeren der Proben von Hand: «So senken wir die Gefahr von Kreuzkontaminationen durch unsachgemässe Handhabung gebrauchter Pipetten.» Zudem entstünden dadurch weniger Aerosole, als wenn Laien die Testflüssigkeit mit zu hohem Druck in den Probebehälter spritzten. Krech verneint auch nicht, dass Ungeimpfte im Labor arbeiten können. Die Impfung werde von Misanto aber angeboten. Zudem müssten Mitarbeitende zweimal wöchentlich an repetitiven Tests teilnehmen. Aber es gebe möglicherweise einzelne, die versuchten, sich zu drücken. Grundsätzlich relativiert Krech: «Im Labor ist die Ansteckungsgefahr nicht grösser als in der Familie.» Die übrigen Anschuldigungen bestreitet der Misanto-Chef und verweist auf die Aufgaben der Kontaktstelle Biotechnologie des Bundes und von Swissmedic: «Beide kontrollieren uns.»

Ein Auge auf die Firma geworfen hat man allerdings auch in Obwalden (siehe Spalte). Dort wollte der christlichsoziale Kantonsrat Hanspeter Scheuber von der Regierung wissen, ob sie zufrieden sei mit den Leistungen der Firma. Schliesslich sei aus «sehr vielen Rückmeldungen aus der Bevölkerung» zu hören, das Anmeldeprozedere von Misanto sei «ausserordentlich mühsam und schwierig». Die Regierung aber zeigte sich «grundsätzlich zufrieden» mit ihrem Auftragnehmer. Diese Antwort beruhigte Kantonsrat Scheuber aber gar nicht, wie er work verrät. Denn nach seiner Anfrage hätten ihn mehrere Misanto-Mitarbeitende kontaktiert: «Sie waren mit ihren Anstellungs- und Arbeitsbedingungen äusserst unzufrieden.»

MISANTO AG

KOMETENHAFTER AUFSTIEG

Von der Telemedizin zum Corona-Krisengewinnler: In der Thurgauer Familienfirma Misanto arbeiten inzwischen 140 Personen.

Durchstarten mit einer neuartigen Gesundheitsapp – das war es, was Thomas Krech (68) eigentlich wollte. Der Thurgauer Arzt und Virologie-Professor gründete hierzu 2016 das Telemedizin-Unternehmen Misanto AG. Auch seine Frau und die beiden Töchter waren von Beginn an mit Verwaltungsratsmandaten dabei. Ihre Geschäftsidee war die folgende: Statt sofort eine medizinische Praxis aufzusuchen, sollten Patientinnen und Patienten vorab via Misanto-App mit einem Algorithmus kommunizieren und dann – noch immer digital – mit dem ärztlichen Personal. Erst danach folgt die massgeschneiderte ärztliche Konsultation. Damit könnten die Effizienz gesteigert und Kosten gesenkt werden. Gerade billig sind die Misanto-Angebote aber nicht: Ein Live-Chat mit dem Arzt kostet bis zu 73 Franken, und weitere «Dienstleistungen» schlagen minütlich mit 3.50 Franken zu Buche. Wohl auch deshalb kam die App nicht so richtig zum Fliegen.

KRISENGEWINNLER. Doch dann erfasste ein neuartiges Virus die Welt. Und schon bald gehörte das Start-up aus Frauenfeld zu den grossen Schweizer Krisengewinnlern. Denn die Familie Krech hatte rechtzeitig umgesattelt – auf Test- und Impfangebote, die sie mit ihrer App verknüpfte. Es hagelte Grossaufträge – nicht nur von Privaten. Appenzell Inner- und Ausserrhodens gingen Partnerschaften ein für Serientests an Volksschulen sowie in



CORONA SEI DANK: Thomas Krech kam durch die Pandemie zu Grossaufträgen. FOTO: PD

Betrieben. Der Kanton Obwalden beauftragte Misanto mit dem Betrieb des kantonsweit einzigen Testzentrums. Und ebenso mit dem des einzigen Impfzentrums. Uri bestellte einen Impfbus. Der Thurgau wiederum griff zuerst auf Misanto zurück, um seine Impfhilfe zu entlasten, dann, um zwei der drei grossen kantonalen Testzentren zu betreiben. Immer wieder halfen auch Zivilschützer dem Start-up. Das Familienunternehmen wuchs rasant: Noch Ende 2019 liess sich die gesamte Arbeit auf 360 Stellenprozente verteilen. Heute arbeiten 140 Personen für die Firma – zumeist in Teilzeitpensen. Angestellt ist die Mehrheit der Mitarbeitenden allerdings nicht von Misanto, sondern von der Temporärfirma Adecco. (jok)

* Name geändert.

Antigewerkschaftliche Kündigung: Päckliendienst DPD schasst vier Fahrer im Tessin Filmemacher Ken Loach: «Boykottiert DPD!»



GEWICHTIGE STIMME: Der britische Regisseur Ken Loach hat die Welt der Paketdienste bereits in seinem Film «Sorry We Missed You» kritisch beleuchtet. FOTO: GETTY

In Giubiasco TI hat DPD vier Fahrer geschasst, weil sie sich gewerkschaftlich organisiert hatten. Jetzt bekommen sie Unterstützung von berühmter Seite.

RALPH HUG

Vier DPD-Fahrer hatten zusammen mit der Unia eine Kampagne für bessere Jobs beim Paketkonzern lanciert. Dieser ist bekannt für Machenschaften wie überlange Arbeitszeiten, unbezahlte Überstunden, Stress und fehlende Spesenentschädigungen. Das zeigt auch ein 35seitiger Report der Unia (rebrand.ly/dpd-report). Doch der Päckliendienst reagierte prompt und setzte die vier Fahrer Ende 2021 kurzerhand auf die Strasse. Dieser Skandal ruft jetzt keinen Unbedeutenderen als den britischen Arbeiterfilmemacher Ken Loach auf den Plan. In einer Solidaritätsbotschaft schreibt er: «Jeder Arbeiter hat das Recht auf einen sicheren Job und einen Lohn, der es erlaubt, eine Familie zu unterhalten. Niemand darf entlassen werden, wenn er diese Rechte wahrnimmt.» Loach ist sauer: «Boykottiert DPD, bis die Firma die Entlassenen wieder eingestellt hat», schreibt er weiter.

«Jeder Arbeiter hat das Recht auf einen sicheren Job.» FILMER KEN LOACH

«RESPECT@DPD»

Was ist passiert? Das erzählt Daniello, einer der betroffenen Entlassenen, in einer Videobotschaft. Sie ist auf Youtube zu sehen: rebrand.ly/dpddaniello.

Hinter ihm ein Idyll mit blauem Tessiner Himmel, See und Bergen. Seit fünf Jahren arbeitet Daniello in Giubiasco TI, liefert Pakete zu Kunden wie Nespresso oder Ikea. Er sagt: «Die Arbeit ist desaströs.» Und: Seine Entlassung sei «wie eine kalte Dusche» gewesen.

Daniello ist das jüngste Opfer von antigewerkschaftlichen Kündigungen. Solche sind skandalöserweise in der Schweiz rechtlich nicht verboten. Sein Rauswurf zusammen mit drei weiteren Kollegen erfolgte nach dem System DPD: Der Konzern funktioniert mit zig Subunternehmen. Er stellte einfach die Kooperation mit der betreffenden Subfirma ein, und alle Mitarbeitenden erhielten die Kündigung. Sie wurden aber von einer anderen Subfirma sofort wieder eingestellt – mit Ausnahme jener vier, die ein Arbeiterkomitee gegründet und die Kampagne «Respect@DPD» lanciert hatten. So wie Daniello.

Wie üblich wäscht der Konzern die Hände in Unschuld: Die Entlassungen seien wegen einer Umstrukturierung und nicht wegen gewerkschaftlicher Betätigung erfolgt. Doch das glaubt niemand.

Vor allem nicht, weil die Geschassten miterleben mussten, wie gleichzeitig neue Fahrer eingestellt wurden. Da war der Fall klar. Unia-Sekretär Giangiorgio Gargantini sagt: «Dies ist ein inakzeptabler und illegaler Trick, mit dem DPD versucht, jene unbequemen Buezer loszuwerden, die sich aktiv für bessere Arbeitsbedingungen einsetzen.»

PETITION UND KLAGEN

Mit Support der Unia haben die Betroffenen nun eine Petition lanciert und bei der DPD deponiert. Über tausend Personen haben unterschrieben.

Ken Loach: Der Unermüdliche

Kaum ein Kulturschaffender, der engagierter ist: Seit vielen Jahren bringt der Brite Ken Loach (85) unermüdlich die sozialen Missstände im Neoliberalismus auf die Leinwand. In Spielfilmen, die ans Herz gehen. Der vielfach preisgekrönte Regisseur steht stets auf der Seite der Unterdrückten und Ausgebeuteten, ist bekennender Sozialist und unerschütterlicher Linker.

HÖLLE AUF ERDEN. Dass Loach jetzt die Entlassenen des Paketriesen DPD im Tessin unterstützt, ist nur folgerichtig. Sein letzter Film «Sorry We Missed You» (2019) thematisiert genau diese Missstände im Kurierwesen. Loach schildert die schöne neue Arbeitswelt in der Paketauslieferung als Hölle auf Erden, in der die Leute langsam, aber sicher vor die Hunde gehen. Daneben ist Loach politisch aktiv. Er trat aus Protest gegen Tony Blair aus der Labour Party aus und schloss sich ihr erst wieder an, als der Linke Jeremy Corbyn das Steuer übernahm. (rh)

Und fordern die Wiedereinstellung der Kündigten, aber auch die Anerkennung der Arbeitnehmerrechte. Will heissen, des Arbeiterkomitees, das die DPD-Beschäftigten letztes Jahr gegründet hatten.

DPD gehört der französischen Post. Die Unia hat jetzt bei der Muttergesellschaft interveniert. Ausserdem haben die Betroffenen ihre Entlassung als missbräuchlich angefochten. Ihr Rauschmiss wird also noch die Tessiner Gerichte beschäftigen. Ausser die DPD käme vorher zur Besinnung.

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



Alle aufs Velo! Denken wir die neue Welt von Ex-SBB-Chef Benedikt Weibel doch etwas weiter

Autos raus aus den Städten. Überdeckte Strassen mit halbtransparenten Solarpanels. Und Bahnen wie Modelleisenbahnen. So schlagen wir gleich drei Fliegen auf einen Streich.

Der marxistische Staatstheoretiker Nicos Poulantzas (1936–1979) lehrte uns einst: Der Staat und seine Apparate haben eine gewisse Autonomie. Es gibt unterschiedliche Fraktionen des Kapitals. Und einige von ihnen bilden den Block an der Macht.

Grau ist alle Theorie. Tauchen wir in die Welt der real existierenden Schweiz ein. Am Beispiel des profanen Lärmschutzes: Wer in der Schweiz neue Wohnungen erstellen will, muss hohe Anforderungen in Sachen Lärmschutz erfüllen. Lange Zeit nahm das niemand so richtig ernst. Jetzt greift das Bundesgericht durch und stoppt mehrere Wohnbauprojekte, unter anderem in Zürich, weil die Lärmmassnahmen überschritten wurden.

Alles etwas unübersichtlich. Wir haben zwar Normen. Diese Normen werden aber oft nicht eingehalten. Und ab und zu zieht das Bundesgericht die Bremse. Und jetzt stehen sich eben zwei Fraktionen des Kapitals gegenüber. Die Bauwirtschaft will bauen, und die Automobilindustrie will blocken. Dazu kommt: In Zürich hat die Mehrheit der Einwohnerinnen und Einwohner kein Auto mehr. Es herrscht somit Regulierungsbedarf.

nerinnen und Einwohner kein Auto mehr. Es herrscht somit Regulierungsbedarf.

BAUSTEIN WEIBEL. Es ist ein permanenter Fehler auch vieler Linker, den technischen Fortschritt und die Wandlungsfähigkeit des Kapitals zu unterschätzen. Die Bausteine einer umweltfreundlichen und lärmarmen Stadt liegen auf der Strasse. Auch für den ehemaligen CEO der SBB, Benedikt Weibel. Er arbeitet inzwischen für eine österreichische Privatbahn. Und er schreibt Bücher. Auch über die Mobilität. Und für ihn ist klar: Autos haben in der Stadt nichts mehr verloren. Die Zukunft gehört den Velos und den Elektro-Bikes. Denken wir diesen Weibel-Baustein weiter.

BAUSTEIN LAUBEN. Die reichen Bernerinnen und Berner wandelten einst unter den Lauben, geschützt vor Regen und Sonne. Und alle in Bern tun das immer noch. Das noch reichere Mailand überdeckte einst seine Einkaufspassage mit Glaskonstruktionen. Vielleicht müssen wir die Strassen der Innenstädte mit halbtransparenten Solarpanels überdecken. Ziel 1: Produktion von Strom. Ziel 2: Schutz der Fussgänger und Velofahrerinnen vor Wind, Sonne und Regen. Ziel 3: Schneeräumungen überflüssig machen. Dies alles sollte nicht schwerfallen, nachdem Simonetta Sommaruga



VOM LENKER ZUM DENKER: Ex-SBB-Chef Benedikt Weibel sieht die Zukunft der Städte autofrei – der Verkehrsraum gehöre den Bikes. FOTO: KEYSTONE

sogar die Autobahnen mit Solarzellen überdecken will.

BAUSTEIN GARAGEN WEG UND NUR NOCH ELEKTROAUTOS. Wir haben in der Schweiz 10 Millionen Parkplätze. Viel zu viele. Sobald sich selbst steuernde Elektroautos auf den Markt kommen, sind 8 Millionen von ihnen überflüssig. Sobald sich Elektroautos selbstgesteuert durch die Schweiz bewegen, wird das private Eigentum an fahrbaren Untersätzen schrittweise absterben. Eine Flotte von weniger als einer Million Autos mit

maximal 2 Millionen Parkplätzen genügt dann, um alle Mobilitätsbedürfnisse abzudecken. Das Wettrennen ist im Gang, wie einst beim Flug auf den Mond. Auch damals ging alles schneller als gedacht.

BAUSTEIN MODELLEISENBAHN. Der Transport von Personen muss gegenüber dem Transport von Gütern Priorität geniessen. Die Personenbahn kann und muss in diesem Prozess produktiver werden. Das Vorbild sind Modelleisenbahnen. Ihre Steuerungen sind raffinierter als jene der Bahn.

Die Radarüberwachung des gesamten Bahnnetzes könnte die Zahl der Schienensuizide massiv senken. Das wäre auch für das Lokpersonal eine gute Nachricht.

All das wird den Widerspruch zwischen Bauwirtschaft und Autoindustrie aufheben. Im hinterlistigen dreifachen Wortsinn: Erstens gäbe es keine Verbrenner mehr. Zweitens müssten die Architektinnen und Architekten nicht mehr lärmabgewandte Bauten erstellen; weil es keinen nennenswerten Strassenlärm mehr gäbe. Und drittens würde die Automobilindustrie zu einer umweltfreundlichen Mobilitätsdienstleisterin mutieren.

LINKS ZUM THEMA:

● www.nzz-libro.ch

Im NZZ Libro Verlag erschien das neueste Buch von Benedikt Weibel. Der Titel: «Wir Mobilitätsmenschen».

● www.derbund.ch

Am 30. März 2022 titelte der Bund: «Sollardächer über Autobahnen sollen AKWs ersetzen.» Ein Test kann nicht schaden. Aber das Winterloch von 25 Milliarden Kilowattstunden wird so nicht gestopft. Vielleicht zwingt die Idee die Städte wenigstens zum Nachdenken.

Sie finden alle Links direkt zum An-klicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»:
www.workzeitung.ch

Sänger und Poet Endo Anaconda ist tot

Adieu, Du stürmisches Schlachtschiff!

«In meinem Alter sinkt die Lebenserwartung jeden Tag.» Solche entwaffnenden Sätze sagte der mächtige Andreas Flückiger alias Endo Anaconda gerne. Jetzt ist der «stille Has», der auch work-Kolumnist war, verstummt. Für immer.

MARIE-JOSÉE KUHN UND CLEMENS STUDER
Gerade war er noch unter uns, der Endo: Sang, flötete und fluchte auf der Bühne der «Heiteren Fahne» in Bern. Am Jubiläumsfest von work. Und wie charmant er wieder war, wie grossartig, abgründig, wuchtig und wehleidig zugleich. Keiner sonst kann so etwas gleichzeitig: Brocken und Blatt im Wind. Wut und Tränen. Rauf zum Himmel und runter in die Hölle. Im Nachtzug nach Wallisellen: Walliselleeeeeee! Wallisellen! Das ging wieder mal unter die Haut.

Endo, der Bezirzer und der Wortzauberer. Endo, Du Diva! Endo, Du Elfe! Endo, Du Bär!

Und was für Schuhe er trug an diesem Abend: Braun mit Beige wie Mafia-Tooth-



pick-Charlie in Billy Wilders Gaunerkomödie «Manche mögen's heiss». Und ja, Du sprachst auch über Deine Gesundheit, Endo, dass es an allen Enden und Ecken lodelet. Und wie Du Dich verkriechst im tiefen Emmental: «Dieses Virus macht mich wirklich krank!» sagtest Du.

Endo Anaconda hat sich zeit seines Lebens immer wieder verabschiedet. Er kam und ging und kam wieder. Immer wieder. Drogen. Alkohol. Nahtoderfahrung. Nierentumor. Abgang und Auftritt. Kommen und gehen. Auch im work: Mehrere Jahre schrieb Anaconda sein work-SMS. Immer an eine andere Person: Blocher, Ueli Maurer, Papst Franziskus, Sepp Blatter, das Wallis, Arielle, die Meerjungfrau. Und schliesslich, als er aus gesundheitlichen Gründen pausieren musste, an alle work-Lesenden so: «Jetzt habe ich euch lange genug das Handy vollgetextet. Der Doktor hat mir akute Kolumnitis und eine chronische Daumenentzündung attestiert. Er will den Endo, das alte Schlachtschiff, wegen Motorschaden ins Trockendock zur Totalrevision schicken. Damit ich wieder vom Stapel laufen kann, falls ihr mich brauchen solltet. Ich habe nie vergessen, woher ich komme und wohin wir müssen. Wir haben keine Wahl. Das Handy habe ich an die Wand genagelt, jetzt ist es ein Wandtelefon. Bleibt leidenschaftlich und lästig. Bis bald, Endo»

«Natürlich fände ich es schön, noch etwas Zeit mit meinen Kindern zu verbringen und ein paar Gedichte zu schreiben, aber es ist kein Menschenrecht, alt zu werden.» Das sagte Endo vor zwei Jahren im «Magazin». Vom Vater habe er das Herz, von der

Mutter die Melancholie. Er, dessen Vorbilder der Che Guevara, Serge Gainsbourg, Django Reinhardt, Jim Morrison und Jean-Paul Sartre waren. Er, der Ministrant gewesen war und den man ins katholische Internat gesteckt hatte. «Katholizismus ist wie Rock'n'Roll. Eine rituelle Überhöhung», wusste er, der keine Bühne betrat, ohne sich vorher zu bekreuzigen. Er, der Serigraphen-Stift, der 1972 in Österreich der Kommunistischen Jugend beitrug. Stelle, nid lege: «Wie haben wir gelacht über den Vorarbeitersong «Znüni nää: Stelle, nid lege. U de Rölleli dra und la loufe», erzählte Endo im April 2009 im work-Interview davon, was ihm die Leute erzählten, wenn der Stille Has über Land fuhr.

Und: «Man muss manchmal einfach lachen können über die eigene Lage. Das gilt. Heute legen die Mächtigen nur, statt zu stellen. Es rollt nicht von selbst, es braucht eben welche, die Rollen montieren und stossen. Sie sind die Mehrheit in diesem Land. Aber man hört sie nicht.» Endo, der Buezer. Im gleichen Interview sagte er auch: «Wäre ich nicht Künstler geworden, wäre ich heute vielleicht Gewerkschafter.» Endo, Du Epiker! Wenn Du erst ins Reden kamst: «Telefonsex ist neoliberal. Du bekommst nichts. Leidenschaft aber entsteht, indem man sie lebt. Wir brauchen mehr Lust in der Politik. Wir müssen das Schöne zelebrieren, die Sehnsucht nach einem selbstbestimmten Leben. Wir haben nur dieses Leben. Und ein Recht auf Glück.»

Du warst und hattest eben einen «Moudi» in Dir. Drei Kinder von verschiedenen Frauen, grossen Lebenshunger und Durst: «Da sagen mir die Leute oft, dass sie zu Hause auch so einen Kater haben, einen Moudi. Die wenigsten ahnen, dass dieser Kater die Visualisierung eines Dämons ist, vor dem ich mein Leben lang auf der Hut sein muss. Einerseits ist er zärtlich wie ein Haustier, andererseits böse, unverschämt, haltlos.» Niemand kann das Bodenlose besser singensagen, als Du es konntest, Endo. Mit donnerndem Kitsch und ganz nüchtern. Ein stürmisches Schlachtschiff, ein zarter Bub, oder wie es Peter Bichsel im work mal beschrieb, als er Dein Album «Böses Alter» besprach: «Da steht er, der Brocken, der Felsen. Da steht er, der Anaconda, der das Leben im Griff hat, dem keiner was vormachen kann, dem die Musik eine Sprache, eine kräftige Sprache, geschenkt hat. Und irgendwo in der Ecke kauert ein kleiner Flückiger und staunt über den grossen Anaconda und zittert mit ihm.»

Vor fünf Jahren hast du gesungen: «I bi der Endosaurusrex, dr erscht u dr letscht vo mire Art». Und: «Scho im Toufchleid han i grännet, wöu i im Lüchehemd mues gaa / Chuum bisch vürekroche, muesch o scho wider gaa». Jetzt bist Du gegangen – und bleibst trotzdem da.

Adieu, stürmisches Schlachtschiff! Tschou, alter Kamerad!



Endo Anaconda (1955–2022) am work-Jubiläum, 28. Oktober 2021. FOTO: MATTHIAS LUGGEN

Mindestlohn in Deutschland Ein Plus von 22 Prozent

«Brandgefährlich» bis «historisch», so wird die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12 Euro in Deutschland taxiert. Und historisch ist das tatsächlich: Erstmals in der Geschichte unseres nördlichen Nachbarlandes gibt es eine Lohnerhöhung von über 20 Prozent. Denn heute beträgt der Mindestlohn in Deutschland 9 Euro 82. Je nach Berechnung profitieren da-



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

von 6 bis 8 Millionen Arbeitende direkt und einige weitere Millionen indirekt. «Brandgefährlich» findet das der Boss der deutschen Bosse, Rainer Dulger. Er redet von «Staatslöhnen» und

Die Erhöhung des Mindest- lohns ist historisch.

prophezeit wieder einmal massive Jobverluste. Dies, obwohl sich solche Drohungen immer als falsch erwiesen haben. Dulger ist sauer. Sauer, weil die

Politik die 12 Euro beschlossen hat – und nicht die tripartite deutsche Mindestlohnkommission. Dort hätte er das Veto einlegen können.

SPD HÄLT WORT. In der Tat sind die 12 Euro ein grosser Schritt nach vorne. Allerdings war der Mindestlohn in Deutschland bisher auch sehr tief. Die Regierung von Gerhard Schröder hatte ab dem Jahr 2000 bekanntlich einen riesigen Tieflohnsektor aufgebaut. Millionen arbeiteten zu Armutslöhnen, vor allem in den Dienstleistungsbranchen und insbesondere die Frauen. Bei seiner Einführung 2015 betrug der gesetzliche Mindestlohn gerade mal 8 Euro 50. In den folgenden Jahren beschloss die tripartite Mindestlohnkommission nur homöopathische Erhöhungen, weil sich die Arbeitgeber gegen mehr stemmten. Also forderten die Gewerkschaften die 12 Euro auf politischem Weg. Eine populäre Forderung. Mehr als 80 Prozent der linken und grünen Wählerinnen und Wähler begrüsst sie. Aber auch über 70 Prozent der CDU-Fans. Die SPD setzte deshalb die 12 Euro ins Zentrum ihrer Wahlkampagne. Jetzt hat sie als Regierungspartei Wort gehalten. Bereits auf den 1. Oktober sieht der Gesetzesentwurf von SPD-Arbeitsminister Hubertus Heil die Einführung vor.

MEHR VERTRÄGE. Hubertus Heil geht aber noch weiter und fordert: «Wir brauchen mehr ordentliche Tarifverträge.» In Deutschland sind nur noch die Hälfte der Arbeitenden durch Kollektivverträge geschützt. Heil will deshalb mithelfen, dass endlich ein allgemeinverbindlicher Vertrag für die Branche der Alters- und Pflegeheime kommt. Damit könnte gleich das ganze Lohngefüge angehoben werden.



AHV, IV & Co.

Wie funktioniert die Altersvorsorge in der Schweiz? Wer hat Anrecht auf eine IV-Rente oder Überbrückungsleistungen? Wem helfen Ergänzungsleistungen? Informiere dich in unserem Web-Dossier zu den Sozialversicherungen.

www.unia.ch/sozialversicherungen

13. Februar: Nein zum Stempelsteuer-Bschiss Und wieder tischen uns die Rechten das alte KMU-Märchen auf

- Nur Krisengewinner und Grossverdiener werden entlastet
- Der Finanzsektor erhält ein neues Privileg
- Arbeitnehmende gehen leer aus

NEIN
am 13. Februar zum
Stempelsteuer-Bschiss

www.kein-bschiss.ch

SGBIUSS

KLARE ARGUMENTE FÜR EIN NEIN: Würde die Stempelsteuer abgeschafft, könnten sich die Grosskonzerne ins Fäustchen lachen.

Am 13. Februar stimmen wir über die Abschaffung der Emissionsabgabe ab. Sie würde 250 Millionen Franken an Grosskonzerne verschenken. Und damit den Lohnabhängigen und den 599 000 KMU in diesem Land schaden.

CLEMENS STUDER

Jahr für Jahr 250 Millionen Franken für Grosskonzerne, Finanzindustrie und ihre Aktionärinnen und Aktionäre? Mitten in der Coronakrise? Dieses weitere Steuergeschenk will die rechte Parlamentsmehrheit von SVP bis GLP an ihre Sponsoren machen. Und holen wieder einmal ihr ewiges KMU-Märchen hervor. Wie schon bei der Unternehmenssteuerreform II 2008. Damals warben sie auch für ein Ja im Namen der Metzgerin und des Garagisten. Und für Steuerausfälle von 50 bis 80 Millionen Franken. Eine glatte Lüge, wie

auch das Bundesgericht feststellte (ohne die Abstimmung wiederholen zu lassen). Denn seit dem extrem knappen Ja vom 24. Februar 2008 fehlen Bund, Kantonen und Gemeinden Hunderte von Millionen, die sich Reiche und Superreiche steuerrabattiert oder gar steuerbefreit in die eigenen Taschen schaufeln.

JEDE STIMME ZÄHLT

Doch dieses Mal scheint das KMU-Märchen nicht zu verfangen. Darauf deuten zumindest die ersten Umfragen hin: Bei der Umfrage der Tamedia-Zeitungen (21. Januar) sagten 58 Prozent Nein oder eher Nein. Bei der am 2. Februar veröffentlichten SRG-Umfrage waren 53 Prozent dagegen oder eher dagegen – einen Monat zuvor waren es bei der SRG erst 49 Prozent.

Doch Umfragen sind nur Umfragen. Ausgezählt wird am 13. Februar. Es geht um jede Stimme. Noch sind laut beiden Umfragen rund 10 Prozent der Befragten unentschieden, was sie stimmen wollen. Übrigens: 2008 hätten gerade mal 9878 von 1914955 Stimmberechtigten Nein statt Ja sagen müssen, um den Milliarden-Raubzug der Konzerne und Superreichen zu verhindern. Leere Stimmzettel gab es damals 50 743.

Darum geht's am 13. Februar: Die Emissionsabgabe von einem Prozent wird erhoben, wenn eine Firma mit mehr als 999 999 Franken Gesellschaftskapital gegründet wird oder eine bestehende Firma ihr Aktienkapital um mehr als 999 999 Franken erhöht. Muss eine Firma saniert werden und erhöht deshalb ihr Kapital, sind sogar Erhöhungen bis 10 Millionen Franken steuerbefreit.

Solche Eckzahlen zeigen bereits: diese Beträge sind nicht die übliche KMU-Schuhnummer. Und das belegen auch die Steuerzahlen der vergangenen Jahre. In der Schweiz sind rund 600 000 Firmen im Handelsregister eingetragen. Davon haben gerade mal 2000 Emissionsabgaben bezahlt – und

davon nur 30 Firmen die Hälfte der gesamten Summe. Konkret:

- 2018: 57 Konzerne und ihr Aktionariat (mit einer Eigenkapitalerhöhung von über 50 Millionen Franken) hätten 68,8 Prozent des Steuergeschenks erhalten.
- 2019: 62 Konzerne und ihr Aktionariat hätten 60 Prozent des Steuergeschenks erhalten.
- 2020: 55 Konzerne und ihr Aktionariat hätten 51,5 Prozent des Steuergeschenks erhalten.

LOCH IM PORTEMONNAIE

Die Abschaffung der Emissionsabgabe nützt den KMU nicht nur nichts (siehe auch das «1x1 der Wirtschaft» auf S. 13). Es schadet ihnen sogar ganz direkt. Denn wenn den Grosskonzernen Geld geschenkt wird, müssen alle, die von ihrer Arbeit leben – und nicht von ihrem Kapital –, die entstehenden

Die 250 Millionen Franken, die bei einem Ja in den Taschen der Grosskonzerne landen, fehlen dann der Bäckerin und dem Metzger.

Löcher über noch höhere Gebühren und Abgaben stopfen. Dieses Geld fehlt den Lohnabhängigen dann im Portemonnaie. Sie können es nicht mehr ausgeben, zum Beispiel in der Gastronomie, für Ferien, im Handel oder für Handwerker. Im ökonomischen Jargon: ihre Kaufkraft nimmt ab. Für das Gewerbe und den grössten Teil der KMU ist die Kaufkraft der breiten Bevölkerung aber entscheidend. 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) kommen aus dem Konsum der privaten Haushalte.

Auf den Punkt gebracht: Die 250 Millionen Franken, die bei einem Ja pro Jahr in den Taschen der Grosskonzerne, der Finanzindustrie und ihren Aktionariaten landen, fehlen in den Kassen der Bäckerin und des Metzgers, der Malerin und des Schreiners, des Yogalehrers und der Spenglerin.

AHV-Referendum: Es läuft gut – und weiter!

Die Bürgerlichen planen eine neue Attacke auf das wichtigste und grösste Sozialwerk der Schweiz: auf die AHV. **Diesmal wollen sie den Frauen 1200 Franken Rente wegnehmen.** Und dies, obwohl Frauen schon heute im Schnitt 30 Prozent weniger Rente bekommen als Männer. Die geplante Erhöhung des Frauenrentenalters ist nur der erste Angriff der Rechten auf unsere AHV-Renten. Sie planen schon weiter: bald sollen wir alle bis 70 chrampfen. **Berichte aus den Unia-Regionen zeigen: die Unterschriftensammlung läuft trotz Corona-Massnahmen und kaltem Wetter gut.** Und sie läuft weiter. Denn bereits eine stattliche Unterschriftenzahl beim Einreichen des Referendums ist ein deutliches Zeichen an die rechten Rentenfäller: Nicht mit uns! (cs)

AHV-REFERENDUM



JETZT UNTERSCHREIBEN:
rebrand.ly/ahv-abbau-nein



GEGEN DEN AHV-ABBAU: Kaltes Wetter, heisses Thema – die Unia-Regionen sammeln Unterschriften fürs Referendum. FOTOS: ZVG

EXPERTIN: Margret Kiener Nellen ist eine der besten Kennerinnen der Schweizer Steuerpolitik. Sie war von 2003 bis 2019 Berner SP-Nationalrätin und präsidierte während vier Jahren die Finanzkommission des Nationalrats. FOTO: KEYSTONE



Abstimmung über Stempel-Bschiss: «Das ist alles nur noch unverschämt!»

Margret Kiener Nellen war 16 Jahre SP-Nationalrätin. Im work-Interview sagt die Gewerkschafterin und Steuerexpertin, warum ein Nein zur Emissionsabgabe so wichtig ist.

CLEMENS STUDER

work: Am 13. Februar stimmen wir über die Abschaffung der Emissionsabgabe ab. Was steckt dahinter?

Margret Kiener Nellen: Die Abschaffung der Emissionsabgabe geht auf eine alte parlamentarische Initiative der FDP zurück, die jahrelang im Parlament zurückgehalten wurde. Sie ist Teil der Stempelsteuer, die ab 1917 eingeführt wurde, damit auch das Kapital seinen Anteil an die Finanzierung der öffentlichen Aufgaben beisteuert. Bei der Einführung der Mehrwertsteuer 1993 kam es dann zu einem

Mir wird ganz schlecht, wenn ich zusammenrechne, wie viele Milliarden die Rechten an die Reichen umverteilen.

historischen Kompromiss zwischen dem Kapital und der Arbeit. Die Linken setzten ein Prozent Mehrwertsteuer zur Finanzierung der AHV und jährlich eine halbe Milliarde Franken für die Verbilligung der Krankenkassenprämien durch. Im Gegenzug verzichteten sie darauf, auch die Finanzgeschäfte der Mehrwertsteuer zu unterstützen. Diesen Kompromiss haben die rechten Parteien jetzt aufgekündigt.

Und warum kommt dieses Steuer-geschenk ausgerechnet mitten in der Bewältigung der Coronakrise vors Volk, wo so viele Lohnabhängige und Selbständigerwerbende den Gürtel enger schnallen müssen?

Ich vermute, die rechten Parteien haben vor den letzten Wahlen 2019 – also vor Covid – der Finanzindustrie versprochen, diese Vorlage noch in dieser Legislatur durchzubringen. Für solche Versprechen erhalten sie jeweils Parteispenden von Wirtschafts- und Branchenverbänden für ihre Wahlkampagnen.

Die Wirtschaftsverbände bekommen schliesslich auch etwas für ihre Parteispenden...



...und wie! Es ging in den letzten Jahrzehnten um Hunderte von Milliarden Franken, die sie in Form von Steuer geschenken erhielten. Dieses Geld fehlt dann den Arbeitslosen, IV-Rentnerinnen und Sozialhilfeempfängern, deren Leistungen gleichzeitig reduziert wurden. Und es fehlt den Wenigen und Normalverdienenden, die über höhere Gebühren und Abgaben die dringendsten Lächer stopfen müssen.

Steuergeschenke in Milliardenhöhe: Ist das nicht etwas hoch gegriffen?

Ich habe in einem Buch* einmal die Steuer geschenke an Konzerne, Reiche und Superreiche der letzten Zeit zusammengestellt. Anhand von elf Skandalen der rechten Steuerpolitik zeige ich darin, wie sich die Schweiz zum Steuerparadies für Konzerne und Reiche entwickelt hat. Als ich fertig war, wurde mir ganz schlecht ob der Unverschämtheit, mit der die Rechten Milliarden an die Reichen umverteilen. Und weiter umverteilen wollen. Ihr Plan ist klar: Besteuert werden sollen nur noch Löhne, Renten und der Konsum. Das Kapital soll keinen Beitrag mehr an die Ausgaben des Gemeinwesens leisten müssen. Das stand früher schon einmal im SVP-Parteiprogramm und wurde irgendwann wieder rausgestrichen. Jetzt steht es in einem offiziellen Papier des Finanzdepartementes von SVP-Bundesrat Ueli Maurer.

Es ist also mehr als ein Plan?

Ja, diese Strategie verfolgt die bürgerliche Parlamentsmehrheit konsequent. Und sie setzt sie überall dort um, wo sie Gewerkschaften und fortschrittliche Parteien nicht mit einem Referendum stoppen können. Das ist uns zum Glück beim Steuerpaket 2004, der Unternehmenssteuerreform III

2017 und beim Kinderabzug-Bschiss 2020 gelungen. Und das sollte uns auch unbedingt bei der Emissionsabgabe gelingen.

Warum unbedingt?

Weil wir die rechte Salami taktik beim Steuerabbau für das Kapital, die Grosskonzerne und die reichsten Aktionäre endlich stoppen müssen. Übrigens: 75 Prozent der Milliarden-Aktionärsdividenden fliessen ins Ausland. Bei der Abschaffung der Emissionsabgabe wäre es dasselbe. Rund 200 Millionen der 250 Millionen Steuersubventionen gingen an Aktionärinnen und Aktionäre im Ausland.

Was passiert, wenn die Abschaffung der Emissionsabgabe durchkommt?

Die Rechten erhielten Schub, ihr «Alpen-Monaco» Schweiz für die Reichsten der Welt noch mehr auszubauen. Als nächsten Schritt möchten sie die Verrechnungssteuer kippen und damit ein gigantisches Schlupfloch für Steuerbetrug öffnen. Die beiden verbleibenden Stempelsteuern, also auf dem Handel mit Wertschriften und die Versicherungsabgabe, möchten sie ebenfalls total abschaffen und ein Loch von über 2 Milliarden pro Jahr in die Bundeskasse reissen. Dies, obwohl die Schweiz jetzt schon Tiefsteuern für hohe Einkommen hat.

Und was passiert bei einem Nein?

Die rechten Parteien erhalten einen wichtigen Schuss vor den Bug und müssen weitere Steuerabbauprojekte mindestens bis zu den nächsten Wahlen 2023 schubladisieren. 2023 haben die Stimmberechtigten die Möglichkeit, erstmals eine Rot-Grün-Mehrheit auf Bundesebene zu wählen! Damit endlich mal die Menschen und nicht der Profit des Kapitals ins Zentrum gestellt werden. So, wie es die Bundesverfassung in der Präambel und in Art. 2 verbindlich fordert!

Wagen Sie eine Prognose zum 13. Februar?

Es wird knapp, aber wir können diesen Stempel-Bschiss stoppen. Denn trotz der aus undurchsichtigen Quellen finanzierten Millionenkampagne sehen die Umfragen gut aus. Aber es kommt auf jede Nein-Stimme an.



*** Geld arbeitet nicht.**

Wir schon ist das Buch zur 99%-Initiative und thematisiert die ungleiche Besteuerung von Kapitaleinkommen und Arbeitseinkommen. Als PDF gratis herunterzuladen auf www.denknetz.ch



DIE SCHWEIZ IST ERWACHT

In der Ägäis machen die Kriegsschiffe der Nato, der europäischen Küstenwache Frontex und die MG-bestückten Schnellboote des griechischen Grenzschatzes weiterhin Tag und Nacht Jagd auf Flüchtlingsboote. Sie werden gestoppt, oft auch zum Kentern gebracht. Dabei nehmen die Jäger

Die Begegnungen zeigten mir, wie tief der moralische Imperativ im helvetischen Kollektivbewusstsein verankert ist.

erbarmungslos in Kauf, dass Frauen, Kinder und Männer ertrinken. Flüchtlinge, denen es gelingt, diesen Push-Back-Manö-

vern zu entkommen und eine der griechischen Inseln zu erreichen, werden von gewalttätigen Polizisten gejagt, wieder in die Schlauchboote gezwungen und auf das freie Meer zurückgedrängt – ohne Treibstoff, ohne Trinkwasser. Trotz vehementer Proteste von Organisationen der europäischen Zivilgesellschaft beharren die EU-Bürokraten in Brüssel auf ihrer mörderischen Abschreckungsstrategie.

WUNDER GESCHEHEN. Wunder sind selten in der Politik. Aber sie geschehen. Zum Beispiel am 15. Januar dieses Jahres in der Schweiz. Die Nicht-regierungsorganisation «Migrant Solidarity Network» hatte zum Referendum gegen den Bundesbeschluss aufgerufen, den Schweizer Beitrag für Frontex von jährlich 14 auf 61 Millionen Franken zu erhöhen. Knapp vor Ablauf der gesetzlichen Frist konnte sie bekanntgeben, dass sie 55 000 gültige Unterschriften gesammelt habe.

Die Nachricht ist bedeutsam. Denn während all der Winterwochen, in denen auf den Strassen und durch Briefwerbung die Unterschriften gesammelt wurden, war die Flüchtlingstragödie an den europäischen Süd- und Ostgrenzen aus der öffentlichen Debatte verbannt. Diskutiert wurden in Radio, Fernsehen und in der Presse praktisch nur die Vorlagen zu den Abstimmungen vom 13. Februar. Obgleich die SP, die Grünen und die Gewerkschaften das Referendum unterstützten, kam es – ich wiederhole – zu keiner bedeutenden öffentlichen Debatte.

RÄTSELHAFT. Das Kollektivbewusstsein folgt Rhythmen, die kein analytischer Verstand vollständig erklären kann. Von allen sozialen Strukturen gehört das kollektive Bewusstsein zu den rätselhaftesten. Ich habe an den Samstagnachmittagen vor Weihnachten auf der Place du Molard in Genf mit Genossinnen und Genossen Unterschriften gesammelt. Erstaunlich waren die Reaktionen vieler Passantinnen und Passanten. Viele hörten zum ersten Mal, dass Schweizer Zöllner und Zöllnerinnen, Polizistinnen und Polizisten an den Push-Back-Verbrechen von Frontex teilnehmen. Spontan setzten sie die Flüchtlingstragödien mit der Verantwortung der Schweizer Regierung in Verbindung... und unterschrieben. Ich werde diese Samstagnachmittage auf der Place du Molard nicht vergessen: Die Begegnungen mit den Passanten zeigten mir, wie tief der moralische Imperativ im helvetischen Kollektivbewusstsein verankert ist. Im Parlament wurde der Bundesbeschluss im vergangenen September nur knapp angenommen. Jetzt wird unser Volk im kommenden Mai darüber abstimmen. Eine zweite, noch deutlichere zivilgesellschaftliche Mobilisierung ist nötig. Die Aussichten stehen gut. Die Schweiz ist erwacht.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Im letzten Jahr erschien im Verlag C. Bertelsmann (München) sein neuestes Buch: **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten.**

Deutsche Mediendebatte
Gesucht:
Zukunfts-
sender

Deutsche Gewerkschaften legen Forderungen für öffentlich-rechtliches Radio und Fernsehen vor.

JOHANNES SUPE
Hüben wie drüben dasselbe Spiel: Geht es um die Medien, gar um das öffentliche Radio und Fernsehen, so kennt die politische Rechte kein Halten mehr. Es soll abgebaut und gestrichen werden. In der Schweiz will die SVP schon lange die «Zwangsgebühren» kippen, in Deutschland wettert die AfD gegen das «Staatsfernsehen». Nun haben der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi ihre Haltung deutlich gemacht. Sie fordern nicht nur den Erhalt der bestehenden Sender, sondern ihren Ausbau.

Für die Gewerkschaften sei die Lage eindeutig, sagt Matthias von Fintel, bei Verdi für den Bereich Medien zuständig. Im Gespräch mit work erklärt er: «Der öffent-



VIELFALT: Die «Öffentlich-rechtlichen» spielen in Deutschland eine grosse Rolle – noch.

lich-rechtliche Rundfunk macht die für das Funktionieren der Demokratie notwendigen Informationen allen zugänglich. Er stellt ein Gegengewicht zur Macht der privaten Medienlandschaft dar.» Doch von Fintel räumt auch ein, dass die Rundfunkanstalten zunehmend den Anschluss an das junge Publikum verlieren. «Die Öffentlich-rechtlichen», so der Gewerkschafter, «müssen mit Anbietern wie Netflix mithalten können. Das wird nur gelingen, wenn sie eine gemeinsame, starke Medienplattform entwickeln.» Die dafür günstigste Perspektive: ein EU-weites Angebot.

WELCHER ALGORITHMUS? Mit der zunehmenden Bedeutung von Plattformen und Mediatheken stellt sich für die Öffentlich-rechtlichen noch eine ganz andere Frage: Wie können sie ihre Inhalte anbieten, ohne das Publikum einfach nur in seinen Vorlieben zu bestärken? Das Problem ist klar: Private Plattformen wie Youtube, aber auch Streamingdienste greifen auf Algorithmen zurück, die den Zuschauenden immer mehr von dem anpreisen, was sie bereits gesehen haben. Das Vorgehen verengt die Sehgewohnheiten und führt, im schlimmsten Fall, zur Bubble-Bildung. Um dem vorzubeugen, müssten die öffentlichen Sender also Vorschlagsmechanismen entwickeln. Auch da haben die Gewerkschaften weitergedacht: Es brauche einen «gemeinwohlorientierten Algorithmus». Verdi-Mann von Fintel: «Den zu entwickeln ist eine schwierige Aufgabe. Aber davor darf der öffentliche Rundfunk nicht zurückschrecken.»

Schweiz: Ja zum Mediengesetz!
Am 13. Februar stimmen wir über das «Massnahmenpaket zugunsten der Medien» ab, es verlangt insgesamt 150 Millionen Franken mehr Medienförderung als bisher. Mehr Geld für die indirekte Medienförderung für Hunderte Publikationen der Mitgliedschafts-presse (Gewerkschafts-, Mieter-, Kirchen-, Bauern-, Presse usw.). Aber auch Ermässigungen für die Früh- oder Sonntagszustellung der Tages- und Sonntagspresse. Plus erstmals Geld für die direkte Förderung der Onlinemedien. Obwohl die etablierten Verlage neu auch von diesen Subventionen profitieren sollen, haben die Gewerkschaften die Ja-Parole zum Mediengesetz beschlossen. Unter anderem auch, weil es eine GAV-Pflicht für Frühzustellerfirmen vorsieht. work berichtete ausführlich hier: rebrand.ly/medienpaket.

Der Arbeitskonflikt geht in die nächste Runde:
Ab sofort steht Smood unter
«verschärfter Beobachtung»

Nach dem Streik beim Lieferdienst Smood ist die Schlichtung gescheitert. Der Kanton will jetzt kontrollieren, ob Smood & Co. die Gesetze einhalten.

CHRISTIAN EGG
Verschwundene Arbeitsstunden und Trinkgelder, lächerliche Fahrspesen und nie ein Monatslohn über 3000 Franken: Anfang November hatten die Fahrerinnen und Fahrer des Schweizer Lieferdienstes Smood die Nase voll und streikten. Mit Unterstützung der Unia und zuerst in Yverdon VD. Kurz darauf hiess es von Genf bis ins Wallis, von Lausanne bis nach Freiburg: Smood streikt! (work berichtete: rebrand.ly/smoodstreik).
Nach fünf Wochen Streik sprach der Kanton Genf ein Machtwort und ordnete eine Schlichtung an. Bis zu ihrem Ende müssen die Parteien «alle Kampf-massnahmen unterlassen». So sagt es das Genfer Gesetz. Also unterbrachen die Fahrerinnen und Fahrer ihren Streik und verhandelten. Ihre Forderungen waren moderat: 24 Franken Stundenlohn, alle Stunden und Wartezeiten während der Schichten werden bezahlt, keine willkürlichen Strafen mehr und eine faire Entschädigung für Fahrzeug- und Handyspesen.

Trotz Friedenspflicht entliess Smood drei Mitarbeitende, die gestreikt hatten.

Am 25. Januar endete die Schlichtung. Leider ohne Einigung. Unia-Mann Roman Künzler ist enttäuscht: «Die Fahrerinnen und Fahrer waren auch bereit, einen Teil ihrer Forderungen zurückzustellen, um eine Teileinigung zu erzielen. Aber das war nicht möglich.»

Warum beissen die Gewerkschaften bei Smood auf Granit, Frau Polito?
«Die Sturheit von Smood hat sich leider auch in der Schlichtung fortgesetzt»

Fünf Wochen haben sie gestreikt, dann hat der Kanton eingegriffen. Doch die Schlichtung schlug fehl (siehe oben). Von Véronique Polito, die für die Unia am Verhandlungstisch sass, wollte work wissen: Was war da los?

CHRISTIAN EGG
work: Woran genau ist die Schlichtung mit Smood gescheitert?
Véronique Polito: Der Inhalt der Verhandlungen ist vertraulich. Aber schon vor der Schlichtung war es für die Fahrerinnen und Fahrer extrem schwierig, überhaupt mit Smood in Dialog zu treten. Und diese Sturheit von Smood hat sich leider auch in der Schlichtung fortgesetzt. Am Schluss war nicht einmal eine Minimal-Vereinbarung möglich, und die Behörde hat das Verfahren für gescheitert erklärt.

Noch während der Schlichtung entliess Smood drei Streik-



STARKER AUFTAKT: MIT ihrem fünfwöchigen Streik haben die Smood-Fahrerinnen und -Fahrer eine Solidarisierungswelle ausgelöst. Die Petition «Smood, hör zu» trägt über 12 000 Unterschriften. Doch Smood zeigt bisher kein Gehör. FOTO: UNIA

Schlimmer noch: Trotz Friedenspflicht entliess Smood drei Mitarbeitende, die sich am Streik beteiligt hatten. Ein Versuch der Einschüchterung, den die Unia aufs schärfste verurteilt (siehe Interview unten). Laut Unia-Mann Künzler bekamen andere Streikende plötzlich keine Schichten mehr zugeteilt. Gleichzeitig habe Smood massiv neue Mitarbeitende eingestellt. «Das Ziel war klar», sagt Künzler: «Die Firma wollte die Streikbewegung aushebeln.»

MANN DES MONATS
Chef und Mehrheitsbesitzer von Smood ist Marc Aeschlimann, einer der reichsten Schweizer unter 40 Jahren. Das Wirtschafts-magazin «Bilan» hat ihn soeben zum «Mann des Monats» erkoren. Und feiert auf sechs Seiten das «atemberaubende Wachstum» der Firma, nicht ohne zu finden, der Chef habe «Respekt

vor seinen Kurieren» und begegne ihnen «auf Augenhöhe». Der «ewige Streit mit den Fahrern» kommt in der Lobeshymne nur am Rand vor.

GANG ANS SCHIEDSGERICHT?
Und was macht der Kanton Genf? Auf Anfrage von work sagt die zuständige grüne Regierungsrätin Fabienne Fischer, sie nehme «mit Bedauern» vom Scheitern der Schlichtung Kenntnis. Und: Die als Plattformen organisierten Essens-lieferfirmen seien «unter verschärfter Beobachtung». Die Kontrollstellen würden die Arbeitsbedingungen in diesen Firmen «prioritär» unter die Lupe nehmen.
Eine Möglichkeit gibt es noch für ein friedliches Ende des Konflikts: ein Schiedsgericht. Anders als bei der Schlichtung verpflichten sich die Parteien, den Spruch des Schiedsgerichts zu akzeptieren. Die Gewerkschaften Unia und

Protesttag in Genf: Alle auf die Strasse!
Fertig mit der grenzenlosen Flexibilisierung, fertig mit den unbezahlten Wartezeiten, fertig mit Spesen-entschädigungen, die diesen Namen nicht verdienen: Mit einem Protesttag in Genf wollen die Fahrerinnen und Fahrer von Smood ihre Anliegen auf die Strasse tragen. Auch Kurierinnen anderer Firmen und Sympathisanten sind aufgerufen mitzumachen. (che) Samstag, 5. Februar, 13.30 Uhr, Genf, Rue du Mont-Blanc,

Syndicom haben nun Smood genau dies vorgeschlagen. Unia-Mann Künzler hofft auf eine positive Antwort. Sagt aber auch: «Bisher hat sich Smood nicht willens gezeigt, irgendetwas zu akzeptieren.»



SCHWIERIGE VERHANDLUNG: Véronique Polito, Unia-Geschäfts-leitungsmitglied. FOTO: UNIA

Wochen Streik versuchte, die Parteien zu einer Lösung zu bewegen. Sehr oft führen solche Schlichtungen zu einem Resultat. Das Problem: Sie funktionieren nur, wenn eine Firma auch bereit ist mitzumachen. Der Staat kann eine Einigung nicht erzwingen.

Über, DPD, Smood: Immer wieder machen Lieferfirmen wegen ihrer miserablen Arbeitsbedingungen von sich reden. Was muss passieren, damit sich diese bessern?
Die Kantone müssen ihre Aufgaben machen und diese Firmen richtig kontrollieren. Bei Smood dreht sich der Konflikt, neben konkreten Verbesserungen, auch schlicht um die Anwendung des Arbeitsrechts. Die Kantone hätten die Möglichkeit, das Recht durchzusetzen. Doch sie tun das leider nicht. Sie dulden diese unhaltbaren Zustände seit Jahren – Über ist das eklatanteste Beispiel. Einzige Ausnahme ist Genf, der Kanton spielt da eine Vorreiterrolle.



AKW: Brüssel setzt neu auf Atomstrom Sie drehen wieder am radioaktiven Rad

Eigentlich ist Atomstrom eine tote Technik. Doch die EU-Kommission, Frankreich und auch der Schweizer Freisinn glauben immer noch daran. Ein Irrsinn!

OLIVER FAHRNI, MARSEILLE
Zumindest darüber schien es einen breiten Konsens zu geben nach Tschernobyl (1986) und erst recht nach Fukushima (2011): AKW sind zu gefährlich, viel zu teuer und extrem anfällig bei Terror, Erdbeben oder Krieg. Und auch 70 Jahre nach dem ersten Meiler haben die Atomstromer immer noch keine glaubhafte Lösung für die giftigen und strahlenden Abfälle, die man für Tausende von Generationen überwachen müsste. Schweden baut gerade ein Mülllager für 100 000 Jahre. Absurd!
Viele Länder, darunter Deutschland und die Schweiz, haben be-

schlossen, aus der Atomenergie auszusteigen. In den nächsten Jahren sollten die meisten der weltweit 430 Kraftwerke vom Netz. Schon heute produzieren sie weniger als 10 Prozent des globalen Stroms.
Doch dann geschah an Silvester 2021 das: Kurz vor Mitternacht verschickte die EU-Kommission ein explosives Dokument. Es setzte Atomstrom und fossiles Gas auf die Liste grüner Energien.
Techniken, die auf dieser Liste stehen, werden subventioniert und ihre Investoren bevorzugt behandelt (siehe Box). Diese «Taxonomie» ist ein Kernstück des Green Deal, mit dem Europa die Klimakatastrophe noch abwenden will. Die Atomlobby jubilierte.
FRONTALER ANGRIFF
Seither ist der Teufel los. Die Umweltminister Deutschlands, Österreichs und weiterer Länder laufen Sturm. Die Umweltverbände planen europaweiten Widerstand. Und EU-Abgeordnete wollen die Kommission vor den Richter zerren. Darüber könnte der Green Deal zerbrechen – die europäische Klimapolitik, schon heute nur eine zögerliche Veranstaltung, wäre ganz abgesagt.
Denn fossiles Gas gibt besonders viele Treibhausgase ab. Atomstrom zwar deutlich weniger. Doch Radioaktivität und giftiger Müll aus den AKW sind eine schwere ökologische Belastung, Atomunfälle vernichten Leben.
Entscheidender noch ist: Wird das Kapital für den ökologischen Umbau in den erneuten Ausbau der teuren Atomenergie gesteckt, fehlt es beim Aufbau grüner Energiesysteme und der Energieeffizienz. Die neue EU-Liste ist ein frontaler Angriff auf den Versuch, den Klimawandel in erträglichen Grenzen zu halten.
Wer hat dieses Desaster organisiert? Hinter dem Silvestermanöver

kaschiert sich das Händchen des französischen Präsidenten Emmanuel Macron. Der Ex-Banker machte sich zum Cheflobbyisten der französischen Atomkonzerne Areva, Framatome, EDF usw. Um Atomstrom auf die grüne Liste zu tricksen, hatte er seit Monaten heimlich eine strategische Allianz mit den osteuropäischen Gasländern Polen, Ungarn und Tschechien gebaut. Egal, wenn dies dem Klima noch mehr schadet.
FRANKREICHS GREENWASHING
Mit dem «Fukushima-Tabu» hatte Macron bereits im letzten November gebrochen, als er überraschend ein massives französisches Atomprogramm ankündigte. Paris hat immer auf diese Technik gesetzt, nicht zuletzt aus militärischen Gründen. In keinem anderen europäischen Land laufen so viele Reaktoren (59). Frankreich betreibt in der Normandie eine Wiederaufbereitungsanlage und verfügt über diverse Fabriken zur Atomwaffenproduktion. Zeitweise kamen 85 Prozent des französischen Stroms aus AKW (derzeit 67 Prozent).
Macrons Motive sind durchsichtig. Zuerst geht es um Greenwashing. Mit dem Atom auf der grünen Liste kann er gigantische Summen aus Steuergeldern, EU-Geld und das Kapital der Investoren in die eigene Atomindustrie lenken.
Weiter denkt Macron, der Ausbau der Atomkraft erspare ihm die Förderung nachhaltiger Energien. Die französische Wasserkraft steht bei schlappen 13 Prozent, die Windenergie (gleichauf mit Kohle!) bei 7,5 Prozent, Solar und Biomasse tragen

mickrige 4,5 Prozent zur Stromerzeugung bei. Ohnehin ein Scheinargument: Die neuen Kraftwerke werden erst stehen, wenn die Klimaziele längst erreicht sein müssten.
Vor allem aber will Macron neue französische Druckwasserreaktoren vom Typ EPR verkaufen. In Frankreich sollen bald sechs EPR laufen, Das ist einigermaßen bizarr. Denn der bisher einzige EPR, der im normannischen Flamanville gebaut wird, kostet bald 20 Milliarden statt der geplanten 3,3 Milliarden. Und niemand weiss, ob er jemals ans Netz gehen wird – gerade wurde sein Start zum x-ten mal verschoben. Ein technisches Fiasko.
VON TAISHAN BIS OLKILOUTO
Der weltweit erste EPR im chinesischen Taishan, von einem französisch-chinesischen Konsortium gebaut, musste im Sommer 2021 schon wieder notabgeschaltet werden. Experten vermuten jetzt einen grundsätzlichen Konstruktionsfehler der EPR-Reihe. Im finnischen Olkilouto ging Ende Jahr ein französischer EPR in Betrieb – mit zwölf Jahren Verspätung. In sechs Monaten wird man sehen, ob er funktioniert.
Spitz notierte darauf die Pariser Behörde für atomare Sicherheit ASN: «Die Industrie startet neue Grossprojekte. Sie täte gut daran, erst einmal ihre Fähigkeit unter Beweis zu stellen, die alten Reaktoren zu sichern.»
Derzeit sind fast die Hälfte der französischen AKW in Revision oder aus Sicherheitsgründen auf Stand-by. Besonders hervor tat sich der südostfranzösische Meiler Tricastin, mitten in schönen Weinlagen situiert. Im Dezember wurde im Untergrund des AKW eine gigantische Menge tritiumverseuchtes radioaktives Wasser gemessen. Wie sagt der Volksmund so schön: «Wenn der Wein nach Tritium schmeckt, hat's im AKW geleckt.»



FDP-BURKART STRAHLT

Seit dem 2. Oktober 2021 hat die FDP einen 4A-Präsidenten. Thierry Burkart steht für Aargau, Auspuff, AKW und Abzocker. Er hat die Zuger Finanzindustrievertreterin Petra Gössi abgelöst, die wegen einer von ihr angestossenen leichten Hinwendung zur ökologischen Vernunft von den energiepolitischen Stahlhelmen der FDP zum Rücktritt zermürbt wurde. Und Burkart liefert, was von ihm erwartet wird. Seine Aargauer Kantonalpartei verlangt die Streichung der Unterstützung erneuerbarer Energien, faktisch also den Abschied von den Klimazielen. Seinen bezahlten Auspuff-Lobbyisten-Job als Präsident des Astag (Schweizerischer Nutzfahrzeugverband, Nachfolger unter anderem des Verbands Schweizerischer Motorlastwagenbesitzer) führt er weiter neben dem FDP-Präsidium. Oder das FDP-Präsidium neben dem rund doppelt so einträglichen Astag-Job (laut Insidern 100 000 Franken im Jahr). Und jetzt hat er auch den Atom-Nostalgikern geliefert. Die FDP-«Parteiprääsidentenkonferenz» (trotz dem Namen sind übrigens auch Frauen zugelassen) verlangt den Ausstieg aus dem vom Volk beschlossenen Atomausstieg. Am 12. Februar entscheiden die Delegierten. Ausgang offen.
BLÖD FÜR BURKART I: Der Bau neuer AKW kostet Phantastilliarden, dauert Jahrzehnte und rentiert nicht, weil die Meiler sauteuren Strom liefern (siehe Artikel links). Darum lassen die restverpflichtigen AKW-Betreibenden die Finger davon. Schon jetzt funktio-

Aargau, Auspuff, AKW, Abzocker: So tickt der 4 A-Burkart.

nert das Geschäftsmodell Atomstrom nur, weil die Steuerzahlenden eine implizite Garantie stellen (müssen).

BLÖD FÜR BURKART II: Die von den Atom-Nostalgikern herbeiphan-tasierten «sauberen und günstigen Mini-AKW mit neuer Technologie» existieren nirgends auf der Welt.

BLÖD FÜR BURKART III: Die Atomwende wird der FDP kaum neue Wählerinnen und Wähler bringen. Wer Rentenkürzungen und Steuer-geschenke an Reiche und Super-reiche ohne Atomstrom will, wählt schon heute die rechten Grünen von der GLP. Wer Rentenkürzungen und Steuergeschenke an Reiche und Superreiche mit Atomstrom will, wählt schon heute SVP. Deren Natio-nalrätin Magdalena Martullo-Blocher hat nämlich bereits im vergangenen Herbst neue AKW gefordert. Wieder hat der Töff SVP seinen Seitenwagen Freisinn über-holt. Das ist politisch möglich, auch wenn das physikalisch so unwahr-scheinlich ist, wie es «billige, saubere, sichere Mini-AKW» sind.

Papierlose sind «systemrelevant», aber:
Ein winziger Fehler, und sie fliegen

Sie arbeiten rund um die Uhr und leben in ständiger Angst: Sans-papiers sind Menschen ohne Aufenthaltsbewilligung. Weil sie keine Chance haben, eine zu bekommen. Das nützt miesen Chefinnen und fiesen Ausbeutern.

PATRICIA D'INCAU
Sie arbeiten in der Reinigung, auf dem Bau oder als Hausangestellte. Sie kommen aus Lateinamerika, Asien oder Osteuropa. Sie sitzen neben uns im Zug oder im Bus – und leben doch ein Leben im Versteckten. Weil sie eigentlich gar nicht hier sein dürfen.

Sie, das sind die Sans-papiers. Menschen, die sich ohne gültige Papiere in der Schweiz aufhalten. Das strenge Ausländergesetz zwingt sie dazu. Denn: Während Bürgerinnen und Bürger aus EU-/EFTA-Staaten einen erleichterten Zugang zum hiesigen Arbeitsmarkt haben, ist die Hürde für alle anderen hoch. Aus sogenannten Drittstaaten haben praktisch nur Manager und Spezialistinnen die Chance auf eine Arbeits- und Aufenthaltsbewilligung. Für alle anderen ist das schier unmöglich. Selbst dann, wenn sie schon seit Jahren in der Schweiz leben, arbeiten und ihre Kinder hier aufwachsen.

BÜEZEN ZUM HUNGERLOHN
Das betrifft zwischen 100 000 und 200 000 Menschen in der Schweiz. Genaue Zahlen gibt es nicht: Sans-papiers meiden jeden Kontakt mit Behörden. Und wissen: Jeder Fehltritt könnte ihnen zum Verhängnis werden.

Reinigungsfachfrau Fany (63) hat das erlebt. Ein einziges Mal ist die Bolivianerin unvorsichtig, braucht das Halbtaxabo einer Freundin, um etwas Geld zu sparen. Prompt wird sie im Zug kontrolliert. Eine Schweizerin wäre vermutlich mit einer Busse davon gekommen. Doch Fany wird verhaftet – und ausgeschafft. Das Horrorszenario aller Sans-papiers, die ihre Länder verlassen, um Arbeitslosigkeit und Armut zu entkommen.

Fany ist eine von 13 Sans-papiers, die Journalistin Tanja Polli in ihrem Buch «Die Unsichtbaren» porträtiert. Auch Köchin Leilani (47) erzählt dort ihre Geschichte (siehe Text rechts). Die Berichte zeigen: Das Leben von Sans-papiers ist eines in ständiger Angst. Und voller Hürden.

Wer keinen gültigen Ausweis hat, kann kein Bankkonto eröffnen, keinen Handy-Vertrag abschliessen und keine Wohnung mieten. Sans-papiers sind deshalb immer auf andere angewiesen. Das macht sie zu einem leichten Ziel für Betrügereien. Bei der Polizei melden können sie sich schliesslich nicht. Also zahlen sie oft überzogene Mieten oder sind zu Schwarzarbeit gezwungen. Weil der Arbeitgeber sich weigert, in die Sozialversicherungen einzubezahlen. Eine 2015 veröffentlichte Studie des Staatssekretariats für Migration zeigt: Nur jeder siebte Sans-

papiers ist sozialversichert, obwohl praktisch alle erwerbstätig sind. Das heisst: Sie können nicht aufs RAV, wenn sie arbeitslos werden. Und im Alter stehen sie ohne Rente da. Obwohl sie ihr ganzes Leben chrampfen. Praktisch jeden Tag, ohne Ferien und für einen Hungerlohn. Wie die Kosovarin Ariana (33), die im Gastgewerbe arbeitete: «Ich servierte zwölf Stunden am Tag für 600 Franken im Monat.»

POLITISCHES HICKHACK
Trotz allem: Sans-papiers sein heisst nicht ohne Rechte sein. Darauf pochen Beratungsstellen und Gewerkschaften immer wieder. So haben auch Sans-papiers Anrecht auf Ferien, Ruhezeiten und Mindestlöhne (siehe S. 12 rechts). Um legal in der Schweiz sein zu können, bleibt aber nur ein einziger Weg: ein Härtefallgesuch. Wann für die Behörden ein Härtefall auch tatsächlich einer ist, ist meist kaum definiert. Gute Integration alleine reicht oft nicht. Im Gegenteil: Sie kann sogar als Nachteil ausgelegt werden.

Das weiss Bea Schwager, Leiterin der Zürcher Sans-papiers-Anlaufstelle (SPAZ). Sie begleitete eine Frau, die seit 22 Jahren in der Schweiz lebte, perfekt Deutsch sprach und vorbildlich integriert war. Der Kanton lehnte ihr Gesuch trotzdem ab. Begründung: Die gute Integration zeige, dass die Frau anpassungsfähig sei und sich daher im Herkunftsland problemlos reintegrieren werde. Sie wurde ausgeschafft.

Anders machte es 2017 der Kanton Genf. Er erteilte 3882 Sans-papiers eine Aufenthaltsbewilligung (workberichtete). Unter strengen, aber klaren Bedingungen. «Operation Papyrus» hiess die Aktion und war ein grosses Glück. Auch für die Kantonskassen. «Papyrus» war nämlich auch eine Of-

NEUER RATGEBER

Das Onlineangebot der Unia: die Rechte der Sans-papiers. Seite 12

fensive gegen Schwarzarbeit. Arbeitgeber, die Sans-papiers nicht sozialversichert hatten, mussten nachzahlen. Die Einnahmen der Sozialversicherungen stiegen um 5,7 Millionen Franken. Plus: Aus Sans-papiers sind jetzt Steuerzahlerinnen geworden.

NEUE HOFFNUNG

Bis heute ist «Papyrus» schweizweit einzigartig. Mittlerweile gibt es aber auch in Zürich einen Lichtblick. Dort wird über eine «City Card» diskutiert. Einen Stadtausweis, der von den städtischen Behörden als offizielles Dokument anerkannt werden soll. Damit könnten sich Sans-papiers endlich ausweisen, ohne sich outen zu müssen. Und vieles mehr. Wie: eingeschriebene Briefe bei der Post abholen, ihre Kinder selbständig in der Kita anmelden oder heiraten.

Im September hat das Stadtparlament für das Projekt 3,2 Millionen Franken gesprochen. Weil die Bürgerlichen und Rechten das Referendum ergriffen, kommt die «City Card» jetzt an die Urne. Voraussichtlich am 15. Mai. Dann wissen die Sans-papiers in Zürich, ob sie endlich aufatmen dürfen. Wenigstens ein bisschen.



15. MAI 2022: Bei einem Ja zur «City Card» könnten die Sans-papiers in Zürich mit ein bisschen weniger Angst leben. FOTOS: KEYSTONE/MARCO GEISSBÜHLER



WAS KOMMT NOCH? Leilani kam von einer Trauminsel der Schweizerinnen und Schweizer ins Land. Weil sie nicht die richtigen Papiere hat, ist sie Arbeitgeberinnen und Vermieterinnen ausgeliefert. Manche sind nett – viele Ausbeuterinnen und Abzocker.

Menschen erzählen, wie sich das Leben ohne die «richtigen» Papiere in der Schweiz anfühlt
Zum Beispiel Leilani, 47, Köchin

In einem neuen Buch* erzählen Sans-papiers ihre persönlichen Geschichten. work dokumentiert eine davon mit freundlicher Genehmigung des Verlages.

«Ein Frühlingstag in Lausanne. Leilani lost uns mit ihrem Mobiltelefon zum Haus, in dem sie wohnt. Adressen sind die Achillesferse von Sans-papiers. Am besten spricht man sie gar nicht erst aus. An keiner der zahlreichen Türglocken am angejahrten Mehrfamilienhaus steht ihr Name. Hoch oben über der Stadt teilt sich Leilani mit ihrem 21jährigen Sohn ein kleines Studio. Ein Stockbett, ein Tisch und ein Sofa. Was auf uns beengt wirkt, ist für Leilani und Louis ein grosses Glück. Zwei Jahre hausten sie in einem alten Wohnwagen ohne fliessend Wasser und Heizung.

Leilani offeriert uns Pulverkaffee und einen selbstgebackenen Apfelkuchen. Louis lässt sich damit nicht vom Bildschirm weglocken, vor dem er die meiste Zeit seines jungen Lebens verbringt.

Leilani beginnt zu erzählen: Bevor ich in die Schweiz kam, habe ich auf einer paradiesischen Insel im Indischen Ozean in der

Hotellerie gearbeitet. Wenn ich meine Heimat erwähne, sagen die meisten Schweizerinnen und Schweizer: Oh, schön! Eine Trauminsel! Ich möchte dieses Bild nicht zerstören und darum den Namen des Eilands nicht nennen. Der Tourismus soll florieren, das hilft allen. Viele Reisende kennen die Insel als wirtschaftlich fortgeschrittenes Land, sie sehen Bilder von schönen Hotels und Restaurants. Was sie nicht sehen: Viele Familien der kreolischen Minderheit – dazu gehören wir – leben in extremer Armut. Die Kinder gehen nicht zur Schule, haben kaum Chancen auf einen Arbeitsplatz. Das war mein Antrieb, mein Land zu verlassen. Ich war alleinerziehend, hatte aufgrund der Wirtschaftskrise meine Arbeit verloren. Ich wollte nicht, dass mein Sohn in Armut leben muss und ohne jegliche Perspektive in die Zukunft blickt. Er sollte es besser haben, etwas lernen können. Immer wieder sagten Gäste zu mir: «Du bist eine gute Köchin, in Europa könntest du Karriere machen.»

EIN SCHÖNES LAND. Ich wählte die Schweiz, weil es ein schönes und ruhiges Land ist, in dem alle Kinder zur Schule gehen dürfen. Wir mussten einen Umweg über Frankreich machen, um hierherzukommen. Wer von meiner Insel nach Europa reisen will, braucht jemanden, der ihm eine sogenannte Lettre d'hébergement ausstellt, eine Garantie, für

die Unterkunft aufzukommen. Ich habe Verwandte in Paris. Sie stellten mir das Dokument aus, hatten aber natürlich kein Geld, um für uns zu sorgen. Die ersten Eindrücke, die ich in Europa sammelte, waren ernüchternd. Das echte Paris hatte nichts mit der Stadt zu tun, die ich von Fotos und aus Filmen kannte. Alles war dreckig, die Mauern voller Graffiti, die Fassaden heruntergekommen. Ich war enttäuscht und bekam Angst. Hatte ich die richtige Entscheidung getroffen? Als wir nach ein paar Tagen im Zug Richtung Schweiz sassen, beruhigte ich mich. Die Land-

«Meine ersten Eindrücke von Europa waren ernüchternd.»

schaft war schön, die Häuser sahen gepflegt aus. Ich atmete auf. Alles würde gut werden.

Über einen Vermittler fanden wir ein Zimmer in einem kleinen Dorf in der Nähe von Lausanne. Es war winzig, spärlich eingerichtet, kostete 800 Franken im Monat. Wir wussten nichts über die Gepflogenheiten in der Schweiz, dachten, wir seien willkommen und ich fände schnell Arbeit. Doch Louis und ich lernten bald, dass es hier tausend Regeln zu beachten gilt, auch für Leute, die eigentlich gar nicht hier sein dürften. Der Müll hat nur an bestimmten Tagen rausgebracht zu werden. Und wer hier lebt, muss eine Kranken-

kasse bezahlen, auch die ohne Lohn. Ich konzentrierte mich auf die Arbeitssuche, konnte mich schnell an verschiedenen Orten vorstellen. Doch als der erste Arbeitgeber versuchte, einen Arbeitsvertrag zu machen, erfuhr ich, dass ich aus einem sogenannten Drittstaat kam und folglich nicht das Recht hatte, hier zu arbeiten. Für einen Moment verlor ich den Boden unter den Füßen.

Ich hatte keine Wahl. Ich musste Arbeit finden, denn ich hatte Schulden. Das Geld, das uns ermöglicht hatte, in die Schweiz zu reisen, hatte ich mir geliehen. Mit dem, was wir noch übrighatten, bezahlte ich die Miete für unser Zimmer. Zum Glück fand ich nach einem Monat Arbeit bei einer Familie, in der ich zwei kleine Kinder zu betreuen hatte. Die Mutter, eine Schweizerin, versuchte das Arbeitsverhältnis legal zu machen, scheiterte aber an den bestehenden Gesetzen. Für Louis war die Situation sehr schwierig. Er blieb tagsüber allein zurück in diesem kleinen Zimmer.

VOM VERMITTLER BETROGEN. Fast ein Jahr arbeitete ich als Haushälterin und Kinderbetreuerin. Die Familie bezahlte mir monatlich 1900 Franken in bar. Das reichte für das Zimmer, unser Essen, und ich konnte sogar noch etwas heimschicken. Doch leider zog die Familie weiter weg – in ein Haus, das mit öffentlichen Verkehrsmitteln nicht mehr zu erreichen war. Bald darauf kündigte uns der

Vermieter das Zimmer. Wir mussten es sofort räumen. Ich erinnere mich noch genau an die Situation. Es war der 3. Januar 2017. Als Sans-papiers konnten wir uns nicht wehren, keine Verlängerung des Vertrages erwirken. Ich schlief keine Minute mehr. Ich hatte zwar etwas Geld gespart, aber das reichte hinten und vorne nicht. Wir kannten ausser dem Mann, der uns das Zimmer vermittelt hatte, niemanden, und der war, wie sich später herausstellte, ein Gauner. Unser Zimmer hatte nicht 800, sondern nur 450 Franken gekostet. Und nicht einmal das hatte der Mann dem Vermieter überwiesen, sondern die gesamten Mietkosten für sich behalten – darum mussten wir damals gehen.

KEIN GELD FÜRS HEIZEN. Wir zogen ins Hotel Ibis in Lausanne. Das Zimmer kostete 80 Franken pro Nacht. Mein Ersparnis reichte gerade einmal für drei Tage. Ich telefonierte mir die Finger wund, rief schliesslich bei einem Campingplatz an, der Wohnwagen vermietete. Der Besitzer bedauerte, keinen freien Platz zu haben, versprach aber, uns zu helfen. Noch am selben Abend rief er zurück und sagte, es sei jemand abgereist. Wir müssten den Wagen selber putzen, könnten aber einziehen. Die Miete des Caravans kostete 450 Franken pro Monat. Als wir auf dem Campingplatz ankamen, war der Himmel grau, der Schnee reichte uns bis über die Knie. Es war wahnsinnig kalt. Hei-

zen konnte man den Wohnwagen mit einer Gasheizung, was aber so viel Geld kostete, dass wir uns das nicht hätten leisten können.

Wir lernten, was es heisst, wirklich zu frieren. Eine solche Kälte hatten wir noch nicht erlebt. Der Caravan verfügte weder über eine Toilette noch über eine Dusche. Die nächsten sanitären Anlagen waren zu Fuss zehn Minuten entfernt. Durch den Schnee. Auch Wasser mussten wir dort holen.

Nach ein paar Nächten, in denen wir aufgrund der Kälte nicht geschlafen hatten, bat ich im Büro der Caritas in Lausanne um Decken und wärmere Kleidung. Sie gaben mir solche Wärmendecken aus Aluminium mit, mit denen die Bootsflüchtlinge in Griechenland in Empfang genommen werden. Sie halfen gegen die Kälte, aber unter den Decken bildete sich so viel Kondenswasser, dass am Morgen das ganze Bett nass war. Es war schrecklich. Zwei Jahre haben wir so gelebt; wir hatten keine Wahl.

SCHULE FÜR DEN SOHN. Ich arbeitete viel, fand aber nichts Festes. Zwei Stunden putzen da, zwei Stunden putzen dort. Mich zeitlich zu organisieren war schwierig, arbeitete ich doch überall auf Abruf und wusste nie, wann ein Arbeitgeber anrufen würde. Wenn ich meinen Kundinnen und Kunden erzählte, dass ich auf einem Campingplatz wohne, waren sie schockiert. Immerhin hatte sich Louis'

Situation verbessert. Er durfte eine Berufswahlschule besuchen und war dadurch tagsüber in geheizten Räumen.

Eines Tages wurde er dort von der Polizei kontrolliert. Weil er sich nicht ausweisen konnte, nahmen sie ihn mit auf das Revier. Sie liessen ihn wieder gehen, schrieben ihm an seine Adresse einen Brief, in dem er aufgefordert wurde, die Schweiz sofort zu verlassen. Wir erfuhren erst Monate später von dieser Aufforderung. Der Brief wurde uns auf dem Campingplatz nie zugestellt.

GLÜCK ODER BEDROHUNG? Fast zwei Jahre suchte ich nach einer Wohnung für uns, aber niemand wollte Leute ohne Papiere als Mieter. Ich hatte schon fast aufgegeben, als mich eine Arbeitgeberin fragte, ob ich jemanden kennen würde, der ein Studio suche. Ihr Mann habe in einer Immobilie in der Stadt einen Leerstand. Ich traute meinen Ohren kaum – sie fragte mich! Ich erzählte ihr, dass ich in einem Wohnwagen auf einem Campingplatz wohne, und beschrieb ihr unsere Lebenssituation. «Ich spreche mit meinem Mann», versprach sie, bezweifelte aber, dass er an Sans-papiers vermieten werde. Ihr Mann war ein gut bezahlter Staatsangestellter. Ich bekam plötzlich Angst. Würde er uns anzeigen? Doch die Frau beruhigte mich: «Ich kenne

Fortsetzung auf Seite 12



KEINE IDYLLE: Leben auf dem Campingplatz ohne Heizung.



STUDIO ZUM KLEINEN GLÜCK: Lebenszimmer von Leilani und ihrem Sohn Louis.



ETAGENBETT: Eingerichtet in der Unsicherheit. FOTOS: URSULA MARKUS

Zum Beispiel Leilani, 47, Köchin Fortsetzung von Seite 11



COMPUTER STATT BERUFSSCHULE: Als Sans-papiers hat Louis keine echte Chance auf eine Lehrstelle.

dich und weiss, dass du eine gute Frau bist. Mach dir keine Sorgen! Er sagte Nein. Dann habe ich ihn persönlich kennengelernt und ihm von Louis erzählt und von der Kälte im Wohnwagen. Er änderte seine Meinung.

BEIM BERUFSBERATER. Und so leben wir nun seit zwei Jahren hier, mitten in Lausanne. Ich bin weiterhin für diese Familie tätig, vier Stunden pro Woche, inzwischen sogar mit AHV-Abzügen und Versicherung. Ich arbeite weit mehr als viele Schweizerinnen und Schweizer, verdiene trotzdem nur 2200 Franken im Monat. Das Studio kostet 780 Franken, alles inklusive. Wir haben sogar eine Krankenversicherung.

Wir kommen gut durch, ich bin dabei, meine Schulden in der Heimat abzuzahlen. Die grössten Sorgen mache ich mir um Louis, der als Sans-papiers keine Lehre machen darf und praktisch immer zu Hause sitzt. Letzte Woche waren wir im Berufsinformationszentrum, doch der Berater meinte, er könne nichts für Louis tun, weil er nicht bereits als Kind in die Schweiz gekommen sei und keine Papiere habe. Er riet ihm, ähnliche Arbeitsverhältnisse wie meine zu suchen oder eine Schweizerin zu heiraten. Aber er ist erst 21 Jahre alt. Man muss doch jemanden lieben, bevor man den Bund fürs Leben eingeht.

Ich habe den Berater gefragt, ob es noch andere Junge gebe, die in derselben Situation seien. Er nickte. Fünf bis sechs junge Sans-papiers empfangen er pro Monat. Während er das alles Louis erklärte, konnte ich sehen, wie mein Sohn mit den Tränen kämpfte. Es macht mich furchtbar traurig. Was sollen diese jungen Menschen machen? Wie sollen sie sich eine Zukunft aufbauen?

Bei der Sans-papiers-Anlaufstelle sagt man uns, als Familie müssten wir mindestens fünf Jahre hier sein, um Papiere beantragen zu können. Wir sind jetzt vier Jahre in der Schweiz. Und man müsse einen Arbeitsvertrag vorlegen. Ich habe verschiedene Verträge, einen von einer Ärztin, einen

«Man muss doch jemanden lieben, bevor man den Bund fürs Leben eingeht.»

anderen von einer fast hundertjährigen Frau, die ich pflege. Ich habe also Hoffnung, dass es irgendwann klappen wird. Ob Louis psychisch noch so lange durchhält, weiss ich nicht.

FÜNFZIG ARBEITGEBERINNEN. Ich habe, seit ich in der Schweiz lebe, für ungefähr fünfzig Arbeitgeber oder Arbeitgeberinnen gearbeitet, vor allem in privaten Haushalten. Mit vielen Schweizer Familien habe ich bis heute ein gutes Verhältnis. Ausländische Familien sind oft Ausbeuter. Ich glaube, viele Schweizerinnen und Schweizer haben keine Ahnung, was Sans-papiers in ihrem Land erleben.

Ich arbeite beispielsweise für eine sehr reiche indische Familie. Sie lebt am Genfersee in einer Villa über dem See. Sie grüssen mich nicht, wenn ich zur Arbeit erscheine. Wenn

sie etwas von mir wollen, schreien sie mich an. Sie haben eine kleine Glocke, mit der sie die Angestellten rufen, und sie erwarten, dass wir sofort erscheinen, auch wenn wir gerade im oberen Stock sind. Wir sind eine ganze Gruppe Hauspersonal. Die Familie beschäftigt einen Gärtner, einen Chauffeur und weitere Haushaltshilfen aus den Philippinen, aus Nepal und Indien.

Die Umgangsformen sind rüde. Der ehemalige Koch liess einmal aus Versehen einen silbernen Kerzenhalter fallen; es war wirklich keine Absicht. Die Hausherrin setzte ihn sofort vor die Tür, ohne Lohn, ohne nichts. Ich glaube, diese Leute wissen, dass ihnen eigentlich nichts passieren kann. Wie sollten wir uns wehren? Den neuen Koch haben sie dann aus Indien einfliegen lassen. Er arbeitet von 6 Uhr morgens bis 14 Uhr, dann von 16 Uhr bis mindestens 21 Uhr. Jeden Tag. Wir andere haben pro Arbeitstag dreissig Minuten Pause, um etwas zu essen.

«Wir bekommen keinen Lohn, wenn die Familie verweist ist.»

Wenn die Familienmitglieder in dieser Zeit klingeln, müssen wir aber trotzdem rennen. Niemand von uns erhält Lohn, wenn die Familie verweist, in die Ferien oder geschäftlich.

In all den Jahren, in denen ich dort arbeite, war ich einmal zwei Tage lang krank. Ich meldete mich telefonisch ab, doch die Sekretärin der Familie forderte mich auf, ein Medikament zu schlucken und trotzdem zu kommen. Es ging nicht. Da rief mich die Frau zurück und sagte mir, ich müsse gar nicht mehr kommen, sie hätten bereits einen Ersatz. Diese neue Frau ist am ersten Arbeitstag weinend zusammengebrochen. Am dritten Tag wurde ich wieder geholt. Dann hörte ich, wie sie über mich redeten. Weil ich etwas Hindi spreche, verstand ich, was sie sagten: Ich sei faul und hätte kein Hirn.

Eines Tages vergass ich, die Badetücher zur richtigen Zeit in die Zimmer der beiden Töchter zu legen. Das jüngere Mädchen beschimpfte mich: «Wahrscheinlich brauchen Leute wie du nie Badetücher, weil ihr euch eh nie wäscht.» Ich schwieg, aber diese Äusserung verletzte mich tief. Im Grunde genommen ist das, was in solchen Familien geschieht, nichts anderes als moderne Sklaverei.

Seit längerem leide ich unter Magenproblemen. Eine Cousine, die Krankenschwester ist, meinte, ich sei krank geworden, weil ich mir zu viel gefallen liesse. Seither bete ich zu Gott und versuche, meine Lage einfach zu akzeptieren. Langsam gelingt es mir. Ich nehme zwar noch Medikamente, aber ich beginne, mich in eine Normalität einzufinden. Eigentlich ist das unfassbar.

Zum Glück habe ich inzwischen viele Freundinnen und Freunde in der Schweiz. Sie tun mir gut. Einige habe ich auf einer Pilgerfahrt nach Einsiedeln kennengelernt. Wir haben gemeinsam die Schwarze Madonna besucht. Ich schaffe mir hier ein Umfeld, in dem ich mich wohl fühle, da ich nicht damit rechnen kann, jemals wieder in meine Hei-

mat zurückkehren zu können. Für mich ist das in Ordnung so, ich bin bereits 47 Jahre alt, habe mein Leben gelebt. In meiner zwar knappen Freizeit leiste ich Freiwilligenarbeit fürs Rote Kreuz und engagiere mich für Sans-papiers. Beides mache ich gerne. Aber was passiert mit Louis? Ich verstehe, dass die Schweizer Regierung will, dass wir in unsere Heimatländer zurückkehren, aber wir haben unser Leben hier, sind integriert. Auch wenn sie uns noch schlechter behandeln – wir werden nicht einfach verschwinden.

Das sagt Louis, 21

Louis war 17, als er mit seiner Mutter in die Schweiz kam. Er konnte die Berufswahlschule besuchen. Danach war ihm ein weiterer Schulbesuch aufgrund seines Alters untersagt. Um eine Lehrstelle antreten zu dürfen, hätte er in der Schweiz fünf Jahre zur Schule gehen müssen. Keine Firma habe das Risiko auf sich nehmen wollen, für einen Sans-papiers zu kämpfen, sagt der junge Mann mit dem schmalen Gesicht und den traurigen Augen. Das verstehe er sogar irgendwie. Seine Lehrer hätten ihm beim Erstellen des Lebenslaufes geholfen, ihm aber geraten, ins Heimatland zurückzukehren. Louis ist ihnen nicht böse. «Sie wissen nicht, wie die Situation für uns Kreolen dort ist.»

Seine Tage verbringt Louis vor dem Computer, macht Videospiele oder versucht, sich im Internet zu bilden. Was sein Traumberuf wäre, weiss der 21-jährige nicht. Einmal pro Woche besucht er einen Französisch- und einen Mathematikkurs, der von einer Hilfsorganisation angeboten wird, je eine Stunde lang. Manchmal hilft er seiner Mutter bei einem ihrer Jobs. An die Polizeikontrolle während der Zeit in der Berufsschule erinnert er sich nicht gerne. Sie hat ihn so verängstigt, dass er mehrere Wochen die Wohnung gar nicht mehr verlassen wollte und nicht mehr zur Schule ging. Über eine seiner Lehrerinnen fand er einen Psychologen, der ihm half, wieder Selbstsicherheit zu gewinnen. Heute würde sich Louis trauen, Freunde zu treffen. Doch dann kam Corona, und Louis lebt noch isolierter, als er es schon vorher tat.



Ratgeber für Sans-papiers

Das sind eure Rechte!

Ein neues Onlineangebot der Unia informiert die Sans-papiers.

PATRICIA D'INCAU

Lohn, Ferien, Sozialversicherungen: Sans-papiers haben Rechte wie alle anderen Arbeitenden auch. Nur ist es für Sans-papiers oft schwieriger, diese durchzusetzen. Denn: Wehren sie sich gegen Missstände, laufen sie Gefahr, ausgeschafft zu werden. Unterstützung finden die Betroffenen deshalb bei den kantonalen Sans-papiers-Anlaufstellen – aber auch bei Gewerkschaften wie der Unia. Ihr können Sans-papiers beitreten, ohne Angst haben zu müssen, dass ihr Aufenthaltsstatus bekannt wird. Denn alle Angaben werden vertraulich behandelt.

WERTVOLLE TIPPS

Damit die wichtigsten rechtlichen Informationen aber allen Betroffenen zugänglich sind, hat die Unia jüngst ihr Web-Angebot ausgebaut – und um eine Plattform speziell für Sans-papiers ergänzt (abrufbar unter: unia.ch/sans-papiers). Aktuell ist die Seite in Deutsch, Französisch und Italienisch verfügbar.

Sans-papiers finden oft nur überbezahlte Wohnungen.

Weitere Sprachen folgen, darunter Spanisch, Portugiesisch, Serbisch und Albanisch.

Die Seite liefert neben Auskünften zur Rechtslage auch nützliche Informationen und Tipps zu verschiedenen Lebensbereichen. Zum Beispiel:

● **Arbeit:** Bezahlte der Chef oder die Chefin einen zu tiefen oder gar keinen Lohn und bringt das direkte Gespräch nichts, können Betroffene in gewissen Kantonen vors Arbeitsgericht gehen. Er oder sie muss die Klage dabei nicht selber führen, sondern kann eine andere Person damit bevollmächtigen. So können Sans-papiers ihre Rechte vor Gericht bis fünf Jahre rückwirkend geltend machen. Auch wenn sie die Schweiz verlassen haben.

● **Schule & Lehre:** Das Schulobligatorium gilt auch für Sans-papiers. Das heisst: öffentliche Schulen müssen alle Kinder bis zu 16 Jahren aufnehmen. Eine Berufslehre zu machen ist ohne Aufenthaltsbewilligung hingegen nicht möglich. Wer eine Lehrstelle in Aussicht hat, kann zwar ein Gesuch stellen. Aber die Bedingungen sind streng. Und die Gefahr ist gross: Wird der Antrag abgelehnt, droht die Ausschaffung.

● **Gesundheit:** Auch für Sans-papiers ist die Grundversicherung obligatorisch. Und die Krankenkassen sind verpflichtet, Sans-papiers aufzunehmen. Trotzdem haben viele Sans-papiers keine Krankenversicherung. Sie ist schlicht zu teuer. Eigentlich besteht das Recht auf Prämienverbilligung, doch einige Kantone verweigern dies den Sans-papiers. Unabhängig davon, ob jemand versichert ist oder nicht: in der Schweiz sind alle Gesundheitseinrichtungen verpflichtet, in Notfallsituationen Hilfe zu leisten.

● **Wohnen:** Auch Sans-papiers können einen rechtsgültigen Mietvertrag abschliessen. Häufig verlangen Vermieterinnen und Vermieter jedoch einen Nachweis des Aufenthaltsstatus. Daher finden Sans-papiers oft nur überbezahlte Wohnungen.

Um sich zu schützen, sollten Sans-papiers für das Mietzinsdepot und die monatliche Mietzahlung unbedingt eine Quittung verlangen. Wenn der Vermieter eine zu hohe Miete verlangt oder das Depot nicht zurückbezahlt, können Sans-papiers in gewissen Kantonen kostenlos eine Schlichtungsstelle einschalten.

***Die Unsichtbaren sichtbar machen**

Tanja Polli, Ursula Markus: **Die Unsichtbaren.** Sans-papiers in der Schweiz. Mit rund 100 Schwarzweissfotos, 256 Seiten, Rotpunktverlag, ca. CHF 42.–.

Packende neue Dok über Lohndumping und Schwarzarbeit «Sorry, Chef, sorry!»

Regisseur Ulrich Grossenbacher geht mit der Kamera nah ran. So nah, dass sein neuer Film «Schwarzarbeit» über Lohndumping und Ausbeutung fast zum Krimi wird.

RALPH HUG
Ein Bauarbeiter ist abgehauen. Aber wohin? Der Kontrolleur steigt in den Keller hinab. Leuchtet mit der Taschenlampe die dunklen Räume aus. Im Lichtkegel plötzlich ein Gesicht – da ist er! Ein junger Mann, kein Ausweis, keine Bewilligung, spricht nur ein paar Brocken Englisch. Bald führt ihn die Polizei in Handschellen ab. Eine Szene aus Ulrich Grossenbachers Film «Schwarzarbeit», der eben an den Solothurner Filmtagen Premiere hatte. Die Szene hätte aus einem Film noir stammen können. Oder aus einem Krimi. Aber sie ist real. Ein Dokumentarfilm, alles echt, nichts erfunden.

Bei Grossenbachers «Schwarzarbeit» werden sich manche die Augen reiben. Ist das möglich? Hier bei uns in der Schweiz? Ja, es ist möglich. Und es ist sogar Alltag. Auf zig Baustellen, in vielen Beizen, aber auch in privaten Pflegehaushalten

Was ist eigentlich Schwarzarbeit?

Zwar gibt es ein Gesetz gegen Schwarzarbeit. Doch nicht einmal dieses definiert Schwarzarbeit genau. Gemäss dem Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) geht es um «verschiedene Formen der Missachtung arbeitsbezogener Melde- und Bewilligungspflichten». Also wenn jemand keine Aufenthalts- oder Arbeitsbewilligung hat oder wenn ein Arbeitgeber sich um Meldepflichten foutiert und die mit einer Beschäftigung verbundenen Sozialbeiträge, Steuern oder Abgaben nicht bezahlt. Stets mit Schwarzarbeit verbunden sind Lohndumping und Ausbeutung. Für die Kontrollen sind die Kantone zuständig. (rh)



VERZWEIFLUNG: Bauarbeiter in der Baracke. Die wahren Täter sind die Schleuser und Chefs dubioser Firmen. Doch sie bekommen nur lächerliche Bussen. FOTO: ZVG

arbeiten Leute, die einfach nur ausgebeutet werden. Das ist die traurige Botschaft von Grossenbachers Doku. Ein paar Beispiele: 1270 Franken pro Monat für einen Verkäuferjob in der Gelateria, ohne Abrechnung bar auf die Hand. 2800 Franken für zehn Stunden pro Tag und sechs Tage die Woche auf dem Bau. 550 Franken Grundlohn für einen sogenannten Manager in einem Lebensmittelgeschäft, sieben Tage die Woche, keine Zuschläge, Feriengeld so unbekannt wie der Dreizehnte. 2060 Franken im Monat für eine 24-Stunden-Pflege in einem Haushalt, fünfmal pro Nacht im Einsatz. Das sind die Fakten aus der schmutzigen Realität des Schweizer Arbeitsmarkts.

TÄTER KOMMEN DAVON

Die Arbeitsmarktkontrolleure des Kantons Bern, fünf Leute, sind jeden Tag auf Achse. Eher massige Typen, aber mit viel Herz. Autor Grossenbacher setzte sich zu ihnen ins Auto und fuhr mit. So kam er direkt an die Missstände ran. Da ist der junge Mazedonier auf der Baustelle. Hat er einen Ausweis? Ein paar Ausflüchte in der Baracke, dann bricht er in Tränen aus. Denn er arbeitet ohne Bewilligung. Kam als Tourist ins Land und buezt nun auf dem Bau. Er tut es für seine Familie, hat keine andere Wahl. Die Szene ist herzerreissend. Der

Mann ist ein Opfer, kein Täter. Denn die wahren Täter sind die Vermittler: Schleuser und Chefs dubioser Firmen, die am Lohndumping verdienen. Ob jemand dabei vor die Hunde geht, ist ihnen egal. «Sorry, Chef, sorry!» fleht der Ertrappte. Doch Kon-

2800 Franken für zehn Stunden pro Tag und sechs Tage die Woche auf dem Bau.

trolleur Stefan Hirt ist weder Chef, noch hat er eine Wahl. Er muss den Mann anzeigen, die Polizei führt ihn ab. Die wirklichen Täter werden nicht in Handschellen gelegt. Sie erscheinen auch nicht im Film. «Die bekommen nur lächerliche Bussen – und machen gleich weiter», sagt Hirts Kollege im Auto.

«GAR NID GÄBIG»

Autor Grossenbacher zeigt den Sisyphus-Job der Kontrolleure hautnah und mit viel Empathie. So ist sein Film über weite Strecken ein Roadmovie geworden. Nur geht's nicht durch grandiose US-Landschaften, sondern durch den Kanton Bern. Der kann zwar auch grandios sein: «Schau mal die Berge dort hinten!» sagt Frédy Geiser. Doch dann wartet schon der nächste Einsatzort. Dass es

dort Lämpen geben wird, spürt Kontrolleur Geiser meist schon vorher. «Gar nid gäbig», sagt er dann jeweils im besten Berndeutsch.

Grossenbacher belässt es aber nicht bei der krimihaften Reality-Recherche. Denn bei Schwarzarbeit, die er nicht näher definiert (siehe Box), und Lohndumping spielt eben auch die Politik eine Rolle. Grossauftritt von Corrado Pardini: Wir sehen, wie der SP-Nationalrat und Ex-Unia-Industriechef kompromisslos für den Lohnschutz kämpft. Im Parlament, an Gewerkschaftsversammlungen und sogar als Gegenspieler von Christoph Blocher an der SVP-Tagung im Albisgütli. «Wir haben den besten Lohnschutz in Europa, den dürfen wir nicht preisgeben!» schleudert Pardini in den Saal. Der «Böölimaa» in diesem Spiel ist FDP-Bundesrat Ignazio Cassis. Er stellte bekanntlich das Schweizer Lohnschutzsystem in den Verhandlungen mit der EU in Frage. Und scheiterte damit krachend. Zum Glück, wie Grossenbachers Film eindrücklich zeigt.



Ulrich Grossenbachers Film **Schwarzarbeit** kommt im April in die Kinos. work wird rechtzeitig berichten.

workxl der wirtschaft

Daniel Lampart

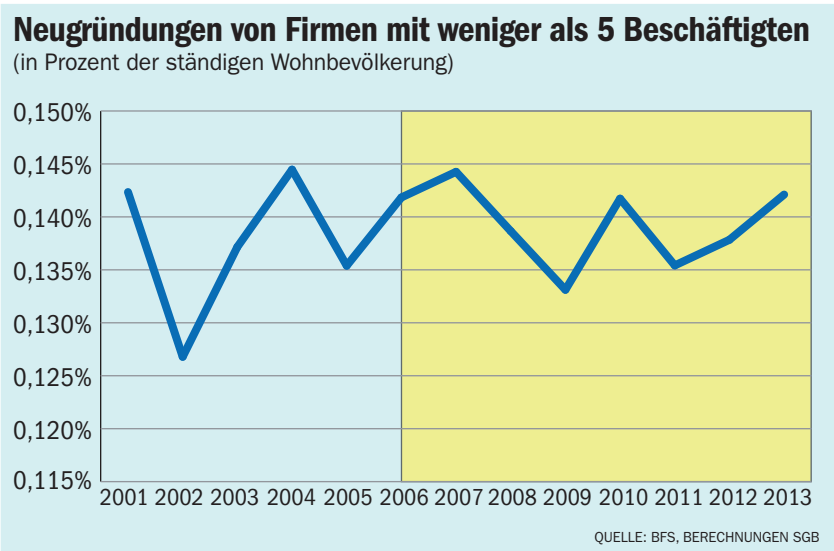


EMISSIONSABGABE: ABSCHAFFUNG BRINGT KEINE NEUEN JOBS

Am 13. Februar stimmen wir über die Abschaffung der Emissionsabgabe ab. Die Gewerkschaften sagen klar Nein dazu. Denn die Abschaffung wird ausser Steuerausfällen nichts bringen. Die von SVP-Bundesrat Ueli Maurer angekündigten vielen neuen Arbeitsplätze und Investitionen werden ausbleiben. Das lässt sich aufgrund der Erfahrungen in der Vergangenheit nachweisen. Denn die Emissionsabgabe wurde bereits früher in mehreren Schritten gesenkt. Wenn es positive Effekte auf die Investitionen und die Beschäftigung geben würde, müsste man diese nach den jeweiligen Senkungen sehen.

UNHALTBARE BEHAUPTUNG. Die Befürworter der Abschaffung der Emissionsabgabe behaupten, dass mit der Abschaffung mehr kleine Unternehmen (Start-ups) gegründet würden. Weil die Unternehmen keine Abgabe mehr zahlen müssten und das Geld in den Betrieb stecken könnten. Doch

gab es in der Vergangenheit nach der Senkung der Emissionsabgabe wirklich mehr Neugründungen? Nein. Statistiken für Neugründungen gibt es leider erst seit dem Jahr 2001. Doch 2006 wurde der Freibetrag bei der Steuer von 250 000 auf 1 Million Franken erhöht. Man muss seither nur noch für Eigenkapitalaufnahmen von über 1 Million Franken die Stempelsteuer zahlen, wovon insbesondere kleinere Firmen profitieren. Würde die Behauptung der Befürworterinnen stimmen, hätte es nach 2006 mehr Neugründungen geben müssen. Die verfügbaren Statistiken zeigen jedoch ein anderes Bild: Nach 2006 (siehe gelbe Fläche in der Grafik) wurden nicht mehr kleine Unternehmen neu gegründet. Warum spielt die Emissionsabgabe bei den Firmengründungen keine Rolle? Die Eigenkapitalaufnahme ist für die Firmen aufwendig und kostet schnell einmal 5–10 Prozent des aufgenommenen Kapitals. Die Emis-



sionsabgabe von 1 Prozent inklusive eines hohen Freibetrags ist dabei vergleichsweise unbedeutend. Bei der Kapitalaufnahme setzen deshalb viele Firmen auf Aktionärsdarlehen und verzichten auf die Ausgabe neuer Aktien.

Dazu kommt, dass Kapital momentan in grossem Masse vorhanden ist. Das zeigen die Nullzinsen und die sehr hohen Aktienkurse.

Daniel Lampart ist Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (SGB).

Schweizer Agentenkrimi Thiel der Rote

Am 4. September 1963 stürzte im aargauischen Dürrenäsch eine Swissair-Maschine ab. Unter den 80 Opfern dieser ersten Schweizer Flugkatastrophe befand sich auch ein gewisser Reynold Thiel. Er war der Öffentlichkeit gar nicht, dem Bundesrat und den Geheimdiensten aber bestens bekannt. Thiel war nämlich nicht nur Modeschöpfer und Pianist, sondern auch ein glühender Kommunist. Als solcher hatte er heimlich im Spanischen Bürgerkrieg und gegen die Nazis in Frankreich gekämpft. Dann waltete er als Spion Stalins und führte in Genf ein diskretes, aber globales Handelsunternehmen – mit Geschäftspartnern wie der Waffenfabrik Bührle oder der Zuger Crypto AG. Die Gewinne daraus flossen direkt an die Kommunistische Partei der Sowjetunion. Den ganzen Agentenkrimi erzählt nun erstmals Danielle Jaeggis neuester Film. Und zwar aus einer einzigartigen Perspektive: Jaeggis Vater war Thiels bester Freund.



Thiel der Rote – ein sehr diskreter Agent von Danielle Jaeggi, Schweiz 2019, 86 Minuten, jetzt im Kino.

Expansiver Westen

Kampf um die Ukraine

Das Säbelrasseln im ukrainisch-russischen Grenzgebiet wird immer lauter. Ein baldiger Krieg zwischen den ehemals sozialistischen «Bruderländern» ist nicht auszuschliessen. Wie konnte es so weit kommen? Antworten finden sich in Jörg Kronauers Buch «Ukraine über alles!» Ausgehend von der Maidan-Revolution 2013, analysiert der Soziologe die verschiedenen geostrategischen und wirtschaftlichen Interessen, die im schon immer umkämpften Schwarzmeerstaat aufeinanderprallen. Und er räumt auf mit der verbreiteten Meinung, dass allein Putins Allmachtgelüste das Nachbarland in die Krise gestürzt hätten. Demgegenüber betont Kronauer die verhängnisvolle Rolle des westlichen Expansionsstrebens. Ein gut recherchiertes und wichtiges Buch.

Jörg Kronauer: **Ukraine über alles!** Ein Expansionsprojekt des Westens. Konkret-Verlag, Hamburg 2014, 215 Seiten, CHF 20.–. Zu bestellen auf konkret-magazin.shop

Auschwitz-Befreiung

Worte an die Nachwelt

Vor genau 77 Jahren befreite die Rote Armee das Konzentrationslager Auschwitz. Über 1,5 Millionen Frauen, Männer und Kinder haben die Nazis an diesem Ort vergast, hingerichtet oder durch Zwangsarbeit getötet. Damit sich dieses unermessliche Verbrechen nicht wiederholt, braucht es die Erinnerung daran. Das «Zentrum für politische Schönheit», eine deutsche Polit-Gruppe, hat deshalb letzte Nachrichten von Opfern des Nationalsozialismus gesammelt. Briefe und Schriftstücke, die die Menschen in ihrer Verzweiflung aus Zügen geworfen oder unter der Erde verscharrt haben. Es sind die letzten Worte von Ehemännern an ihre Frauen, von Töchtern an ihre Eltern, von Todgeweihten an die Nachwelt. Eine Sammlung, die niemanden kaltlässt und kaltlassen darf.

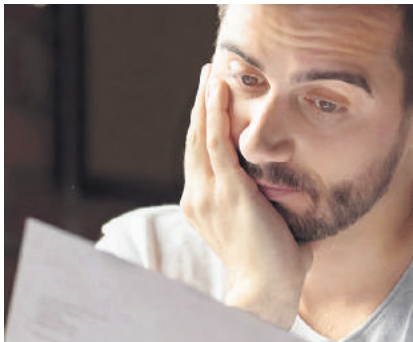
An die Nachwelt: an-die-nachwelt.de oder als PDF (rebrand.ly/nachwelt)



Krankentaggeld: Was passiert nach der Kündigung?

Ich bin seit drei Monaten zu 100 Prozent krank geschrieben. Jetzt hat mir mein Chef gekündigt. Da meine Firma für ihre Mitarbeitenden eine Kollektiv-Krankentaggeldversicherung abgeschlossen hat, erhalte ich Krankentaggelder von der Versicherung. Aber was passiert nun? Verliere ich mit dem Job jetzt auch noch die Taggelder?

MYRIAM MUFF: Nein. Erkundigen Sie sich bei Ihrer Firma oder – noch sicherer – direkt bei der Krankentaggeldversicherung, ob die Versicherung auf dem Krankenversicherungsgesetz (KVG) oder



KRANK GESCHRIEBEN: Mit einer Krankentaggeldversicherung sind Sie auch nach der Kündigung abgesichert. FOTO: ISTOCK

auf dem Versicherungsvertragsgesetz (VVG) basiert. Beide Arten von Kollektiv-Krankentaggeldversicherungen sind in der Schweiz freiwillig.

VON VORTEIL. Manche Firmen sind per Gesamtarbeitsvertrag zum Abschluss einer Krankentaggeldversicherung verpflichtet. Ist dies nicht der Fall, können die Firmen selbst wählen, ob sie eine solche Versicherung abschliessen wollen, und auch, ob es eine nach VVG oder nach KVG sein soll. Ohne eine solche Versicherung sind die Unternehmen gestützt auf das Obligationenrecht leider nur für eine relativ kurze Zeit (abhängig von Dienstjahren) verpflichtet, Lohnersatz bei Krankheit zu bezahlen. Dass Ihre Firma also eine Krankentaggeldversicherung abgeschlossen hat, ist schon einmal ein Glück für Sie: Sie müssen sich zwar sehr wahrscheinlich zur Hälfte an der Prämie dieser Versicherung beteiligen (die andere Hälfte bezahlt Ihre Arbeitgeberin), und im Krankheitsfall erhalten Sie «nur» 80 Prozent des versicherten Lohnes (allerdings ohne Sozialversicherungsabzüge). Dafür erhalten Sie in der Regel während rund 2 Jahren Taggelder, falls Sie so lange krank sind und das Arbeitsverhältnis weiter dauert.

GENAU PRÜFEN. Wie es nun bei Ihnen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses weitergeht, hängt davon ab, ob Ihre Arbeitgeberin eine Krankentaggeldversicherung nach KVG oder nach VVG abgeschlossen hat. Bei einer Versicherung nach KVG scheiden Sie aus der Kollektivversicherung Ihrer Firma aus, haben aber trotz bereits bestehender Krankheit das Recht, sich dafür für die weiteren Taggelder versichern zu lassen. Allerdings müssen Sie dafür die vollen Prämien selbst bezahlen. Versicherungen nach VVG kommen heutzutage häufiger vor. Sie haben den Vorteil, dass sie nach Beendigung des Arbeitsvertrages meistens ein sogenanntes Nachleistungsrecht vorsehen. Das bedeutet, dass die bisherige Kollektiv-Krankentaggeldversicherung die übrigen (noch nicht «aufgebrauchten») Taggelder weiterbezahlt, sofern sie während des Arbeitsverhältnisses bereits Krankentaggelder erbracht hat. Und: auch die Prämien müssen Sie in diesem Fall nicht selbst bezahlen. Um sicher zu sein, ob es sich genau so verhält, müssen Sie unbedingt die allgemeinen Versicherungsbedingungen verlangen und studieren! Wenn Sie unsicher sind oder weitere Fragen haben, empfehle ich Ihnen, sich an Ihre Unia Sektion zu wenden.

So lesen Sie den Vorsorgeausweis Ihrer Pensionskasse

Ein Papier, so persönlich wie politisch

Jedes Jahr erhalten Sie einen neuen Vorsorgeausweis. Ein Blatt mit vielen Zahlen. Schwierig zu entziffern, aber wichtig für Ihre finanzielle Zukunft. Wie Sie den Ausweis lesen und was er mit der laufenden BVG-Reform zu tun hat.

MARTIN JAKOB

Was tun Sie, wenn Sie die Prämie Ihrer Krankenkasse im Vergleich zu hoch finden und vielleicht auch die Leistungen kritikwürdig sind? Sie wechseln zu einer anderen Kasse. Und was tun Sie, wenn die Leistungen Ihrer Pensionskasse Sie nicht überzeugen? Sie machen die Faust im Sack. Denn wechseln, das können Sie nicht. Es sei denn, Sie kündigen auch gleich Ihre Stelle, und das ist dann doch ein grösserer Entscheid.

Ob Ihre Pensionskasse zu den finanziell gut oder weniger gut gestellten, zu den knausrigen oder grosszügigen Vorsorgewerken zählt, können Sie also selbst nicht beeinflussen – es sei denn, Sie sitzen für die Arbeitnehmerseite mit den Arbeitgebervertretern am Verhandlungstisch in der Vorsorgekommission oder im Stiftungsrat (siehe «Gut gerüstet» auf Seite 15 unten). Auf jeden Fall aber können Sie prüfen, ob Ihre Pensionskasse gesetzeskonform informiert und ob diese Informationen schlüssig sind. Und Sie können sich ein Bild machen, wie die Schweizer Sozialpolitik ganz konkret beeinflusst, wie gut es Ihnen im Alter finanziell gehen wird.

Nach Gesetz muss die jährliche Information der Versicherten mindestens die aktuellen Leistungsansprüche beziffern, den koordinierten Lohn ausweisen, den Beitragssatz und das Altersguthaben. Die meisten Ausweise bieten etwas mehr – wie auch der abgebildete, der auf einem Vorsorgeausweis der Sammelstiftung Transparenta beruht.

1. Der Lohn

Aus dem Bruttolohn minus Koordinationsabzug errechnet sich der koordinierte Lohn, der für die Berechnung von Beiträgen und Renten verwendet wird. Der sogenannte Koordinationsabzug erfolgt, weil aus dem Bruttolohn ja bereits die spätere AHV-Rente mit Beiträgen angespart

VORSORGEAUSWEIS PER 1. 1. 2022

Personaldaten						
Name und Vorname	Muster Hanna		Eintritt PK		1. Januar 2021	
Geburtsdatum	8. April 1974		Beschäftigungsgrad		100%	
Zivilstand	verheiratet		Zinssatz im Jahr 2021		1%	
Lohndaten						
Gemeldeter Jahreslohn					90210.—	
Versicherter Lohn					65115.—	
Vorhandenes Altersguthaben					118442.55	
davon Altersguthaben nach BVG					67070.20	
Kontoauszug						
Saldo 1.1.2021	Sparbeitrag 2021		Einlagen		Saldo 31.12.2021	
0	9766.80		108675.75		118442.55	
Beiträge						
	Arbeitnehmerin		Arbeitgeber		Total	
Sparbeitrag pro Jahr	7,5 %	4883.40	7,5 %	4883.40	9766.80	
Risikobeitrag pro Jahr		332.40		332.40	664.80	
Verwaltungskosten pro Jahr		145.20		145.20	290.40	
Abzug pro Monat		446.75		446.75	893.50	
Altersleistungen						
	Alterskapital		Umwandlungssatz		Rente/Mt.	Rente/Jahr
	Total	BVG	Überobligatorisch	BVG	Überoblig.	
Alter 58	257 796.30	191 290.95	66 505.35	5,6%	4,6%	1 147.65 13 771.80
Alter 59	272 094.65	204 081.85	68 012.80	5,8%	4,75%	1 255.60 15 067.20
Alter 60	286 535.95	217 000.70	69 535.25	6,0%	4,85%	1 366.05 16 392.60
Alter 61	301 121.75	230 048.70	71 073.05	6,2%	5,0%	1 484.70 17 816.40
Alter 62	315 853.35	243 227.15	72 626.20	6,4%	5,15%	1 608.90 19 306.80
Alter 63	330 732.30	256 537.45	74 194.85	6,6%	5,3%	1 738.65 20 863.80
Alter 64	345 760.05	269 980.80	75 779.25	6,8%	5,5%	1 877.20 22 526.40
Invaliditätsleistungen						
Invalidenrente (Wartefrist 24 Monate)					1 744.90	20 938.80
Invaliden-Kinderrente pro Kind					349.—	4 188.—
Todesfalleistungen						
Ehegattenrente/Lebenspartnerrente					1 064.95	12 563.40
Waisenrente					349.—	4 188.—
Weitere Angaben						
Voraussichtliches Alterskapital ohne Zins im Pensionierungsalter 64						307 920.95
Verpfändung eingetragen						nein
Möglicher Vorbezug für Wohneigentum						108 430.05
Maximal möglicher Einkauf						60 169.55

1
2
3
4
5

wird. Er beträgt aktuell 25095 Franken. Damit auch etwas tiefere Löhne obligatorisch pensionskassenversichert sind, ist eine Eintrittsschwelle von 21 510 Franken definiert; wer zwischen 21 510 und 25095 Franken verdient, ist – gleichgültig, wie hoch dieser Verdienst genau ausfällt – immer mit einem koordinierten Lohn von 3585 Franken versichert. Obligatorisch versichert sind koordinierte Löhne bis 60495 Franken. Darüber hinaus versicherte Löhne sind nicht dem Obligatorium unterstellt – für Alterskapital, das aus diesen Lohnanteilen entsteht, dürfen die Kassen Umwandlungssätze unter 6,8 Prozent berechnen (und tun das auch fleissig).

● Der Sozialpartnerkompromiss der Gewerkschaften und der Arbeitgeber (siehe Tipp) sieht vor, dass für alle Personen mit Einkommen über der Eintrittsschwelle ein Koordinationsabzug von 12 548 Franken gilt. Fortschrittliche Pensionskassen rechnen für Teilzeitarbeitende bereits heute mit nach unten abgestuf-

Fragen Sie Ihrer Pensionskasse ruhig ein Loch in den Bauch!

ten Koordinationsabzügen, aber das sind längst nicht alle. Vom Modell des Sozialpartnerkompromisses würden namentlich Versicherte mit tiefen, aber über der Eintrittsschwelle liegenden Löhnen profitieren. Der Nationalrat will aber für alle Beschäftigten ohne Unterschied einen Koordinationsabzug von 12 443 Franken einführen – womit aus Kleinstlöhnen mit viel administrativem Getöse Mini-Renten gebildet würden.

2. Die Beiträge

Ihre Beiträge – an welche die Firma mindestens die Hälfte zahlen muss – setzen sich aus Risikoprämien für die Todesfall- und Invaliditätsversicherung, aus den Verwaltungskosten und den Altersgutschriften zusammen. Nur diese Gutschriften werden Ihrem Alterskapital hinzugerechnet. Gegenwärtig nehmen diese Gutschriften in vier Stufen von 7 Prozent mit 25 Jahren bis zu 18 Prozent in den letzten zehn Berufsjahren zu. ● Der Sozialpartnerkompromiss schlägt vor, die Altersgutschriften nur noch zweistufig zu gestalten, be-

ginnend mit 9 Prozent von 25 bis 44 Jahren, danach mit 14 Prozent ab 45 Jahren. Das Altersguthaben würde also in jungen Jahren schneller gebildet, während die Beitragsspitze in den letzten 10 Berufsjahren entfällt. In dieser Frage folgt der Nationalrat dem Vorschlag.

3. Altersleistungen

Wie hoch Ihre Rente ausfällt, hängt von drei Faktoren ab: von der Summe Ihrer Sparbeiträge, von der Verzinsung und vom Umwandlungssatz. Falls Sie schon vor dem ordentlichen Pensionalter Rente beziehen wollen, sinken das Endkapital und die Umwandlungssätze.

Den Mindestzinssatz des im Obligatorium angesparten Kapitals legt der Bundesrat fest, jenen des Sparkapitals aus dem Überobligatorium die Vorsorgeeinrichtung. Mit einem Mindestzinssatz von 1 Prozent für 2020 und 2021 ist der Bundesrat vor der Versicherungslobby eingeknickt – die effektiv erzielten Renditen lagen weit höher! Versichertenfreundliche Pensionskassen haben denn auch fürs Börsenrekordjahr 2021 höhere Zinsen auf dem angesparten Kapital vergütet, und manche haben den Rentnerinnen und Rentnern zudem einen Bonus ausbezahlt.

Während der Mindestzinssatz demokratischen Prozessen entzogen ist, steht der Umwandlungssatz im Gesetz. Aktuell liegt er bei 6,8 Prozent für das obligatorische Alterskapital. Das bedeutet: Pro 100 000 Franken Gespartes gibt's 6800 Franken Rente pro Jahr. Weil dieser Umwandlungssatz wegen der steigenden Lebenserwartung und der tiefen Zinsen zu hoch sei, soll er nun auf 6 Prozent gesenkt werden – per Gesetz. ● Im Sozialpartnerkompromiss erfolgt zwar die Senkung des Umwandlungssatzes auf 6 Prozent, diese wird aber nachhaltig kompensiert durch Rentenzuschläge, die wiederum solidarisch finanziert werden. Nach dem Modell der Sozialpartner kommen alle Versicherten in den Genuss dieser Zuschläge: bei tiefen Einkommen kann dies auch zu einer Aufbesserung der Rente führen. Der Nationalrat stellt diesem Kompromiss ein Gebastel entgegen. Dieses würde nur einer Minderheit der Rentnerinnen und Rentner zugute kommen, brächte vor allem Teilzeitbeschäftigten (in der Mehr-

WORKTIPP

KOMPROMISS ODER RENTENKLAU

SGB, Travail Suisse und der Arbeitgeberverband haben sich auf einen Sozialpartnerkompromiss für die Reform der zweiten Säule (BVG) geeinigt. Inzwischen hat der Nationalrat diesen Kompromiss in eine Putschvorlage verwandelt. Sollte der Ständerat nicht gewichtige Korrekturen anbringen, planen die Gewerkschaften ein Referendum. Der SGB stellt die wichtigsten Elemente und Hintergründe der BVG-Reform auf seiner Website vor und hat sie in einer gut verständlichen Broschüre zusammengefasst: sgb.ch/aktuell/bvg-21

heit Frauen) Rentenverluste und würde Personen mit hohem Einkommen aus der Verantwortung entlassen, sich an der Reform finanziell zu beteiligen.

4. Risikoleistungen

Die Mindesthöhe der Invaliden-, Witwen- und Waisenrenten ist im BVG festgelegt, die Vorsorgeeinrichtungen können bessere Leistungen vorsehen, aber nicht schlechtere. Im Mindestfall entspricht eine volle IV-Rente annähernd der Altersrente im Pensionalter. Die Rente für Witwer und Witwen beträgt mindestens 60 Prozent der IV-Rente, die Waisenrente pro Kind 20 Prozent.

5. Weitere Angaben

Möglicherweise interessant für Sie ist die Angabe, welchen Betrag Sie maximal zum Erwerb von Wohneigentum vorbeziehen könnten. Beachten Sie aber, dass sich durch den Kapitalbezug Ihre Rente verschlechtert (work berichtete in Ausgabe 3/2019 vom 15. Februar).

IHR RECHT AUF INFORMATION

Möchten Sie genauer wissen, wie es um Ihre Vorsorgeeinrichtung steht? Sie haben ein Recht auf weitgehende Auskünfte. Denn nach Gesetz ist den Versicherten die Jahresrechnung und der Jahresbericht auszuhandigen. Ebenso dürfen Sie den Kapitalertrag erfragen, den versicherungstechnischen Risikoverlauf, die Verwaltungskosten, die Deckungskapitalberechnung, die Reservebildung sowie den Deckungsgrad.

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



NÜTZLICH FÜR LAAAAANGE TEXTE: Im Office-Programm Word helfen Seitenzahlen und Inhaltsverzeichnisse, sich in grossen Dokumenten zurechtzufinden. FOTO: PD, MONTAGE: WORK

So bringen Sie Übersicht in Ihr Word-Dokument

Lange Textdokumente lassen sich mit Seitenzahlen und einem Inhaltsverzeichnis übersichtlicher gestalten. So geht's:

SEITENZAHLN ERSTELLEN. Windows: Oben auf Einfügen klicken, dann auf Seitenzahl. Hier kann man wählen, an welcher Position auf der Seite die Zahl erscheinen soll. Unter Seitenzahlen formatieren lassen sich spezielle Einstellungen vornehmen – **Sind Titel richtig markiert, legt Word das Verzeichnis selber an.**

Beim Mac in der Menüleiste auf Einfügen -> Seitenzahlen klicken. Dann die Position der Zahlen auf den Seiten wählen. Unter Format lassen sich die oben erwähnten Einstellungen vornehmen.

INHALTSVERZEICHNIS ANLEGEN. Windows: Den Titel eines Kapitels mit der rechten Maustaste anklicken und Überschrift 1 wählen. Hat das Kapitel zusätzliche Untertitel, die im Inhaltsverzeichnis erscheinen sollen, muss man bei ihnen Überschrift 2 wählen. Dann klickt man oben auf Referenzen -> Inhaltsverzeichnis. Hier kann man den gewünschten Stil des Verzeichnisses wählen. Beim Mac können Sie oben Start klicken, dann rechts auf Bereich Formatvorlagen. Nun den Haupttitel eines Kapitels mit der Maus markieren und rechts auf Überschrift 1 klicken (für zusätzliche Untertitel Überschrift 2 wählen). Anschliessend klicken Sie auf die Stelle, an der das Inhaltsverzeichnis stehen soll, und wählen Einfügen -> Index und Verzeichnisse und im neuen Fenster oben Inhaltsverzeichnis. MARC MAIR-NOACK



CITY-FLITZER: Hochgelobt als Verkehrsmittel für die «letzte Meile», sind E-Trotti doch nur dann umweltfreundlich, wenn sie eine Autofahrt ersetzen. FOTO: GETTY

Mikroroller mit E-Motor sind im Die neue Lust am

E-Scooter sind klein, wendig, bis zu 20 km/h schnell. Brauchen Sie so ein Ding? Vielleicht tut's auch ein Trotti ohne Motor.

MARTIN JAKOB

Das war einmal ein Hype! Um die Jahrtausendwende eroberten die Mikroscooter unser Strassenbild. Mini-Räder, Trittbrett, Lenkstange und Radbremse, so simpel zusammengeschweisst und -geschraubt, als wäre statt Daniel Dürer ein talentierter Donald Duck in der Werkstatt gestanden. Doch den Kindern machte es Spass, manchen Erwachsenen auch.

DREIMAL TEURER. Und jetzt die zweite Welle, getrieben von der Motorisierung: der Scooter. Mit

Elektroantrieb natürlich – der Umwelt zuliebe und weil das Elektrische so wenig Platz und Teile braucht. In etlichen grossen Städten sind die kleinen Stromer mittlerweile zu haben, und wer einen E-Scooter kaufen will, wird im Handel vielfältig fündig. Allein der Onlineshop von Galaxus hat 137 verschiedene Produkte im Angebot, zu Preisen zwischen 60 Franken (fürs muskelmüde Kleinkind) und 1300 Franken (für ambitionierte Pilotinnen und Piloten). Ab etwa 350 Franken gibt's ein alltagstaugliches Gefährt. Motorlose Trotti für Erwachsene sind allerdings bereits für einen Drittel zu haben.

WIE EIN E-BIKE. Wer ohne eigene Muskelkraft unterwegs sein will, zahlt also kräftig Auf-

Trend. Aber nicht immer die beste Wahl. Trittbrettfahren

geld. Und braucht dann die Muskeln doch noch, falls das E-Trotti im Tram oder Zug mitfahren soll. Dann sind je nach Modell 10 bis 15 Kilo-

E-Scooter sind rund dreimal schwerer als Trotti ohne Motor.

gramm heruzuwuchten. Motorlose Scooter wiegen dreimal weniger.

Fürs Fahren auf öffentlichem Grund gelten die gleichen Regeln wie fürs Velo. Sind Radwege vorhanden, ist die Benutzung Pflicht, das Trottirol ist tabu, und ebenso entfällt der Vortritt am Fussgängerstreifen (ausser man steigt ab und schiebt). Und auch für die Ausrüstung sind Vorschriften zu

beachten: Damit der E-Scooter auf die öffentlichen Verkehrswege darf, ist eine Leistung von maximal 500 Watt erlaubt. Bremsen und Lichter vorne und hinten sowie ein Rückstrahler sind Pflicht. Das Fahrzeug darf höchstens 20 km/h schnell sein. Wer mit einem E-Scooter ohne Zulassung erwirbt wird, muss mit einer Busse rechnen. 14- bis 16-jährige brauchen einen Mofa-Ausweis, Kinder bis 14 Jahre dürfen mit E-Scootern gar nicht auf die Strasse. Nix mit zur Schule stromern!

WIE FUSSGÄNGER. Unkompliziert dagegen der Mikroscooter ohne Motor. Der ist nicht nur leichter und billiger, sondern auch einfacher im Gebrauch. Wer damit fährt, ist den Fussgängern gleichgestellt, darf

UNFALLRISIKO HELM AUF!

E-Trotti sind mittlerweile gehäuft in Unfälle verwickelt. Die Suva schätzte deren Zahl für 2019 noch auf 800, zwei Jahre später bereits auf das Dreifache. Besonders oft verunfallten Personen zwischen 25 und 44 Jahren. Bei einem Drittel der Selbstunfälle ist Alkohol im Spiel. Bei einem fremdverschuldeten Unfall ist Missachtung des Vortritts die häufigste Ursache. Die Beratungsstelle für Unfallverhütung (BFU) plädiert fürs Helmen tragen. Die BFU-Sicherheitsempfehlungen: rebrand.ly/bfutrotti

Kurse für aktive Gewerkschaftsmitglieder Gut gerüstet

Movendo-Weiterbildungen machen Sie fit für Aufgaben in Stiftungsräten und Personalkommissionen.

«Arbeitnehmer und Arbeitgeber haben das Recht, in das oberste Organ der Vorsorgeeinrichtung die gleiche Zahl von Vertretern zu entsenden.» So steht's im Artikel 51 des Bundesgesetzes zur beruflichen Vorsorge (BVG). In diesem Leitungsgremium fallen die zentralen Entscheide zur Gestaltung der Pensionskasse einer Firma.

Umso wichtiger, dass die Vertreterinnen und Vertreter der Arbeitnehmerseite sachkundig und verhandlungsstark auftreten. Das Rüstzeug dazu vermitteln die Kurse von Movendo für Mitglieder von Stif-

tungsräten und Vorsorgekommissionen. Die nächsten Kurse: Basis- und Aufbaukurs für Mitglieder von Stiftungsräten am 9./10. Mai und am 20./21. Juni in Bern.

BRISANTE THEMEN. Sicherheit und Handlungsstärke vermitteln auch die Kurse für Mitglieder von Personalvertretungen: Neben dem Basis- und Aufbaukurs (je 3 Tage) umfasst das Angebot Weiterbildungen in aktuellen Themen der Arbeitswelt – etwa der Digitalisierung, der digitalen Überwachung oder der sexualisierten Gewalt am Arbeitsplatz. Der nächste Basiskurs findet vom 4. bis 6. Mai in Murten statt (movendo.ch).



workrätsel Gewinnen Sie eine Übernachtung!



Gewinnen Sie eine Übernachtung mit Frühstücksbuffet für zwei Personen im See- und Seminarhotel FloraAlpina Vitznau LU mit einzigartigem Panoramablick über den Vierwaldstättersee.

LÖSUNG UND GEWINNER AUS NR. 1
Das Lösungswort lautete: ALTERSRENTE

M	A		G	S		U	A		
A	L	T	E	E	I	P	E	E	R
G	L	S	S	T	R	A	U	S	S
M	A	T	R	O	S	E	N	T	F
S	A	H	R	A	N	A	D	D	I
I	T	E	R	R	A	I	N	G	T
G	R	A	V	U	R	T	O	B	U
D	I	E	S	R	O	U	T	D	O
M	S	I	H	L	S	E	E	G	H
G	I	S	I	N	T	X	L	E	G
J	U	X	D	B	E	M	A	L	E
I	T	E	T	A	N	U	S	T	R
S	P	U	R	C	N	S	A	L	A
A	T	S	C	H	U	G	G	E	R
P	N	E	U	D	E	M	O	E	T

DEN PREIS, eine Hotelübernachtung im Hotel Belvedere in Grindelwald, hat gewonnen: Götz Perll, Gockhausen ZH. Herzlichen Glückwunsch!

Auto der eh. DDR (Kw.)			vielstimmig. Gesang	Halbaffe auf Madagaskar	früher, vergangen			Reise zu Pferd	plötzliche Einfälle	Autokz. Niederlande	Hals-schmuck		Mulde im Hochgebirge		Kralle	exakt, präzise	metallhaltiges Mineral	Doppelkonsonant
Milchfett-schicht					Keimzelle			altperuan. Adels-schicht					Ferien-camp					
dt. Vorsilbe			eh. CH-Fussballer (Hakan)		Zugbauer; ... Rail							eh. brit. Premier-minister			Berg bei St. Moritz: Piz d'...			
wirtsch. Blo-ckade								isländ. Erzäh-lungen		Blutbahnen		Fluss im Freiamt (Kt. AG)						Schalterstellung (engl.)
					dt. Mittel-gebirge		US-Hafen-stadt								Schnee-anhäufung		weibl. Vorname	
höchst. Berg v. Ägypten	US-Soldat (ugs.)	ausserordentlich		poet.: Inseln								Nordstaat der USA		Säuge-tiernach-wuchs				
knau-serig							Sieges-trophäe		Leicht-metall	ital. Tonbez. für das E				Musik-träger Mz.		Wasser-park in Pfäffikon (SZ)		
				Insel-spanier Ez.	Vater-herr-schaft													Insel-euro-päer
Roman-figur von Twain †	schweiz. Kanton		Treib-stoff für Flug-zeuge							Kurzmit-teilung (Kw.)		ind. Me-tropole						
Grund-stück, Gelände						Bleich-mittel		weibl. Nutz-tier		aktuell		Disney-figur: ... und Strolch		klang-voll tönend		Edel-stein-gewicht		
			asiat. Buckel-rind		Vollblut-Gewerk-schaffer † (Franz)								jp. National-getränk					
Hirsch-art: ...hirsch		die Anzahl fest-stellen							Berg bei Lugano: Monte ...		weibl. span. Plural-artikel		Gross-mutter					span. Ausruf
unbän-diges Verlan-gen					Frage nach e. Ort		Härte-grad v. Bleistift-minen		brasilianischer Staats-mann									
Nobel-preis-träger † (Desmond)		Bevöl-kerung, Popu-lation								Drei-finger-faultier			d. Mund betref-fend					
				Fluss im Kt. VD				gefrorenes Wasser					Gelände-kamm					

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----

Lösungswort einsenden an: work, Postfach 272, 3000 Bern 15, oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 11. Februar 2022

INSERAT

Rückерstattung der Solidaritätsbeiträge in der Maschinenindustrie

Alle Unia-Mitglieder, die in einer dem GAV MEM angeschlossenen Vertragsfirma beschäftigt sind, erhalten auch für das vergangene Jahr von ihrem Arbeitgeber den «Ausweis Solidaritätsbeiträge» ausgehändigt. Dieser wird in den meisten Firmen der Lohnabrechnung von Januar oder Februar beigelegt.

Bei diesem Dokument handelt es sich um ein «Wertpapier» welches bestätigt, dass für das vergangene Jahr der Solidaritätsbeitrag von 60 Franken vom Lohn abgezogen wurde. Unia-Mitglieder, die während des ganzen Jahres Mitglied waren und in einer dem GAV MEM angeschlossenen Firma gearbeitet haben, erhalten je nach Höhe ihres Unia-Mitgliederbeitrags eine Rückerstattung

zwischen 200 und 307 Franken
(Wenn die Mitgliederbeiträge höher als 304 Franken sind.)

- Bei Verlust des persönlichen «Ausweises Solidaritätsbeiträge» gibt es keinen Ersatz, d.h. keine Rückerstattung mehr!
- Bitte Ausweis bis spätestens 31.12.2022 einlösen!

Alle Unia-Mitglieder können den «Ausweis Solidaritätsbeiträge» persönlich auf dem für sie zuständigen Unia-Sekretariat abgeben oder per Post zustellen (unbedingt Postscheck- oder Bankkonto angeben).

Bei Problemen unterstützt das zuständige Unia-Sekretariat in der Region/Sektion oder das Unia-Zentralsekretariat in Bern geme.

Formular for 'Ausweis Solidaritätsbeiträge' (Solidarity Contribution Statement) from the Swiss Confederation (Confédération suisse / Confederaziun Svizra / Confederaziun Svizra / Confederaziun Svizra). It includes fields for the member's name, address, and the company's name and address. The form is dated 31.12.2022 and is valid until 31.12.2022. It also includes a section for the member's signature and the company's stamp.



UNIA

WORKPOST

WORK 21 / 17.12.2021: ELEKTROMOBILITÄT: «LINKE»-POLITIKERIN SAHRA WAGEN-KNECHT & CO. IM ÖKO-FAKTCHECK

Blechlawine eindämmen

Ich bin schon lange Mitglied einer Gewerkschaft, wobei seit etwa 2006 bei der Unia. Ich bin, soweit ich zurückdenken kann, politisch links, auf alle Fälle links der SP. Gemäss work wurde Sahra Wagenknecht von einem superreaktionären Journalisten interviewt. Nun, nachdem ich bis heute ein einziges Buch von Sahra Wagenknecht gelesen habe, bekam ich den Eindruck, dass sie verschiedene politische Sachverhalte gut analysiert und auf den Punkt bringt. Man kann das eine oder andere Haar in der Suppe finden, aber ich würde sie durchaus als sehr links einstufen. Zur Elektromobilität: Wer eine Ahnung von Umwelt und Verkehr hat, weiss, dass der MIV, der «motorisierte Individualverkehr», sprich die Auto- und Blechlawine, die sich erschreckend und hochgefährlich durch die Strassen wälzt, eingedämmt werden muss. Gründe kann ich Ihnen zuhauf nennen. Elektroautos haben zwar direkt keinen CO₂-Ausstoss mehr, aber sie tragen nicht zu einer menschlicheren Umwelt bei. Die Lösung heisst ÖV, öffentlicher Verkehr! Dieser wird künftig noch vermehrt elektrisch fahren. In den Städten und Agglomerationen sind die Tramnetze auszubauen, ebenso Trolleybusse, wo sich eine Tramstrecke (noch) nicht lohnt, die ich als nachhaltiger als Autobusse einstufe. Natürlich braucht es auch regionale S-Bahnen, die weiter ausgebaut werden können und müssen, was da und dort auch der Fall ist. Wer derart auf dem Lande wohnt, dass spätabends auch kein Regio-Bus mehr hinfährt, und beruflich unregelmässige Arbeitszeiten hat, soll ein Auto benützen können. Menschen, die so arbeiten müssen und nur ein kleines Salär haben, sollten dahingehend auch finanzielle Unterstützung erhalten.

RUDOLF SCHULTER, BASEL



WORK 1 / 21.1.2022: WAS BRINGT UNS DAS NEUE JAHR?

So reden nur die Sofa-Sitzer

Solche Gedanken, das Rentenalter zu erhöhen, können nur von Leuten kommen, die in einem Soft-Relax-Sessel sitzen und nicht wissen, dass man mit den Händen produktiv tätig sein kann. Diese Leute lassen einen Manager kommen, damit sein Angestellter einen Nagel in die Wand einschlägt. Danach kommt der nächste Manager, damit sein Angestellter ein Bild an den Nagel hängt. Ich werde dieses Jahr 61 Jahre alt. Meine gesamte rechte Seite ist defekt. In der Hüfte habe ich Arthrose, das rechte Knie ist verletzt, und auch der rechte Fuss macht Probleme. Ich kann keinen Tag mehr ohne Schmerzen arbeiten. Ebenso leide ich unter Bluthochdruck, nehme Medikamente, jedoch kommen immer wieder Schmerzen in der Herzgegend. Aber ich muss mich durchquälen, damit doch Geld nach Hause kommt. Im letzten K-Tipp war ein Bericht über die Verteilung der Gelder durch die Pensionskasse.



WORKLESERFOTO

Wasserkraft am Bielersee

WANN 17. Januar 2022
WO Am Bielersee
WAS Wasserkraftwerk Hagneck
Eingesandt von Roland Schwab, Täuffelen BE

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.
Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

Wenn solche Leute sagen, dass wir länger arbeiten müssten, verstehe ich es sehr gut. Sie benötigen einen neuen Manager!

MARTIN BURREN, PER MAIL

WORK 1 / 21.1.2022: GEGEN DEN MEDIEN-EINHEITSBREI

Nur Brösmeli

Viel für die Grossen und Brosamen für die Kleinen – dieser Logik folgen Mediengesetz und Emissionsabgabe. Die Kleinen stürzen sich auf die Brösmeli und stützen Strukturen, die die Linke eigentlich überwinden will – Empowerment sieht anders aus.

STEFAN HILBRAND, PER MAIL

WORK 1 / 21.1.2022: «FRANZ WAR LEIDENSCHAFTLICH GEWERKSCHAFTER»

Wahnsinnig schöne Worte

Die Worte von Bruna Campanello zum Tod von Franz Cahannes sind wahnsinnig schön. Von ihm sind mir zwei Dinge geblieben: Ohne Vertrauensleute macht man keine Gewerkschaftsarbeit. Und: Ein Gesamtarbeitsvertrag kann inhaltlich noch so schön sein, aber ohne Kontrolle der Umsetzung nützt er nicht viel. Eine dritte Sache konnte er mich leider nicht lehren – mit Rauchen aufzuhören.

ROLAND SIDLER, BIEL/BIENNE

WORK VON VORN BIS HINTEN

Einfach ein Lob

Wie immer, wenn ich work aus dem Briefkasten nehme, freue ich mich schon auf die Lektüre der vielen interessanten und kämpferischen linken Artikel. Dann gibt es auch eine Rubrik, die ich auf keinen Fall missen will: die «Bärtschi-Post».

HELENE OETLIKER, PER MAIL

In dieser Ausgabe hat die «Bärtschi-Post» dem Abschiedsgruss an Endo Anaconda Platz gemacht. Nächstes Mal wieder im Blatt! (Die Redaktion)

INSERAT



Der Verband des Personals öffentlicher Dienste ist die Gewerkschaft des Service public für Angestellte bei Bund, Kantonen, Gemeinden und Privatunternehmen.

Wir suchen für unser Zentralsekretariat in Zürich per Oktober 2022 oder nach Vereinbarung:

Generalsekretär*in der Gewerkschaft VPOD

Sie leiten unsere Gewerkschaft in unserem Zentralsekretariat mit Sitz in Zürich und einem zweiten Zentralsekretariat in Lausanne in allen operativen Belangen. Zusammen mit den Zentralsekretärinnen und Zentralsekretären setzen Sie dabei die von unseren ehrenamtlichen Gremien (Landesvorstand, Delegiertenversammlung, Kongress) gefassten strategischen Beschlüsse um. In der Zusammenarbeit mit unseren 17 Regionen sorgen Sie dafür, dass alle gewerkschaftlichen Fragen nach einheitlichen Gesichtspunkten behandelt werden. Im Rahmen Ihrer Führungsposition nehmen Sie Einsitz in Leitungsgremien der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung und prägen dabei die sozialpolitischen Debatten der Schweiz mit.

Sie bringen mit:

- grosse Kenntnisse und Erfahrung in gewerkschaftspolitischen, arbeitsrechtlichen und sozialpolitischen Fragen
- ein überzeugendes Engagement für einen umfassenden Service public und eine zukunftsgerichtete Vision für die Gewerkschaft des Service public VPOD
- Führungserfahrung und Erfahrung in der Zusammenarbeit mit ehrenamtlichen Gremien
- hohe Belastbarkeit, Verhandlungserfahrung und Durchsetzungsvermögen
- die Fähigkeit, sich auf unterschiedliche Anspruchsgruppen einzustellen
- Bereitschaft zu grossen, flexiblen Arbeitseinsätzen
- sehr gute schriftliche und mündliche Deutsch- und Französischkenntnisse, Italienischkenntnisse sind erwünscht

Wir bieten:

- eine ausgesprochen spannende und herausfordernde Führungsaufgabe
- hochmotivierte Angestellte und ehrenamtliche Mitglieder
- faire Anstellungsbedingungen

Der Anstellungsprozess ist mehrstufig und entscheidet sich in einer Wahl durch die Delegiertenversammlung / den Kongress. Für die Stelle können sich auch Teams im Job-sharing bewerben.

Für weitere Auskünfte stehen Ihnen unsere Präsidentin, Katharina Prelicz-Huber (076 391 79 15), oder der jetzige Generalsekretär, Stefan Giger (044 266 52 31), gerne zur Verfügung.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen richten Sie bis am 7. März 2022 an unsere Leitung der Personalabteilung: judith.bucher@vpod-ssp.ch.

Die Chemie stimmt zwischen Maude Brunner (40) und den Milchprodukten

«Fortgeworfen wird nichts»

Mit 14 Jahren machte sie zum ersten Mal Käse. Heute arbeitet Maude Brunner als Laborantin bei der Milchverarbeiterin Cremo. Am Beruf liebt sie die Abwechslung – und die Arbeitszeiten.

CHRISTIAN EGG | FOTOS MATTHIAS LUGGEN

Um neun Uhr abends riefen die Eltern jeweils in der Käserei an: «Könnt ihr Maude bitte nach Hause schicken?» Das Käsen über dem Holzfeuer fand die Tochter so spannend, sie konnte sich kaum losreissen. Als Kind habe sie fast jeden Abend dort verbracht, sagt Maude Brunner: «Gleich neben unserem Haus gab es eine Schaukäserei, angeschlossen an ein Restaurant. Ich kam von der Schule heim, wir assen Znacht, dann ging ich rüber und schaute zu.»

Schon mit 12 Jahren fing sie an zu helfen. Und war fasziniert, bis heute: «Die Milch ist etwas Lebendiges. Und wenn man sie richtig verarbeitet, wird in zwei Stunden Käse draus.» Als sie 14 war, gingen die Beizer in die Ferien. Da machte sie den Käse alleine. Spätestens da war klar: Sie macht eine Lehre als Käserin.

MÄNNERDOMÄNE. Ja, das sei ein Männerberuf gewesen damals. Aber das war ihr egal. Nach der Lehre arbeitete sie zuerst in der Butter- und der Joghurtproduktion. Sie lacht und sagt: «Es braucht nicht unbedingt dicke Arme, um als Käserin zu arbeiten.» Heute gebe es mehr und mehr junge Frauen, die die Lehre machten.

Doch das Käsen alleine ist Maude Brunner bald zu wenig. Sie macht eine zweite Lehre als Milchtechnologin und findet eine Stelle bei der Milchverarbeiterin Cremo im waadtländischen Lucens. Dort bildet sie sich zur Laborantin weiter, ihrem heutigen Beruf. «Wir kontrollieren jede Tankladung Milch, die ankommt, und alle Produkte, bevor sie rausgehen.» Die Produkte, das sind Raclettekäse sowie verschiedene Pulver: Milch-, Molke- und Buttermilchpulver in diversen Varianten.

Selten, vielleicht einmal im Jahr, komme es vor, dass eine Probe nicht den Vorgaben entspreche. Was passiert dann? «Fortgeworfen wird nichts», sagt Brunner. Pulver könne meist für eine andere Mischung verwendet werden, aus dem Käse werde Reibkäse. Und wenn das nicht gehe, liessen sich die Produkte noch als Tierfutter verwenden.

Ihr Arbeitsplatz, das Labor, umfasst gleich drei Labors in einem: Chemie, Mikrobiologie und Milchanalyse. Und obwohl die Qualitätskontrolle eigentlich eine Routinearbeit sei, bringe sie eine grosse Vielfalt mit sich, sagt Brunner: «An einem Tag mache ich chemische Analysen, am nächsten Tag Bakterienkulturen. Dann wiederum warte ich die Maschinen, bestelle Material und so weiter. Und alle Aufgaben mache ich gern.»

FRÜH FERTIG. Auf die Frage, was denn das Beste an ihrem Beruf sei, muss Maude Brunner nicht lange überlegen: «Dass ich schon mitten im Nachmittag Feierabend habe!» Sie fängt morgens um halb sieben

an und kann dafür bereits um vier Uhr nach Hause. «Wunderbar» sei das.

Die intensivste Zeit ist der frühe Morgen. Dann müssen Brunner und ihre Kolleginnen viele Tests starten – von den Produkten, die in der Nacht aus der Fabrik kommen, und von der angelieferten Milch. Einige der Analysen brauchen mehrere Stunden, bis das Resultat da ist. Deshalb auch der frühe Arbeitsbeginn: «Damit die Produktion noch am Nachmittag reagieren kann, wenn etwas nicht stimmt.»

Bis vor zwei Jahren musste Brunner auch samstags arbeiten. Seit das abgeschafft wurde, seien die Arbeitszeiten «richtig gut», sagt sie. Der Grund für die Änderung ist allerdings nicht erfreulich: «Es gibt weniger Milch, wir sind nicht mehr voll ausgelastet.» Wegen der tiefen Milchpreise hörten mehr und mehr Bauern auf, was die Industrie vor Probleme stelle. Noch vor zehn Jahren wusste die Branche nicht, wohin mit ihren Produkten – «Milchsee» und «Butterberg» waren konstante Probleme. Heute herrscht Mangel. Während des Pandemie-Lockdowns, als die Schweiz das Backen wieder entdeckte, habe die Cremo sogar Butter aus dem Ausland importiert, sagt Brunner: «Das wäre früher undenkbar gewesen.»

AUF AUGENHÖHE. Maude Brunner ist seit drei Jahren Unia-Mitglied. Bei der Cremo ist sie zudem Präsidentin der Personalkommission. Sie vertritt, zusammen mit 8 weiteren Mitgliedern, die knapp 800 Cremo-Mitarbeitenden aus den acht Standorten gegenüber der Direktion. Viel zu tun gab es für die Peko im letzten Frühling. Da entschied die Cremo, das Werk in Steffisburg BE zu schliessen und über 40 Stellen abzubauen. Brunner und ihre Kolleginnen und Kollegen verhandelten. Und

holten einen guten Sozialplan heraus. Es sei traurig, dass die Arbeitsplätze verloren gegangen seien, sagt Brunner. «Aber immerhin haben wir erreicht, dass es für die Betroffenen hohe Abfindungen, Frühpen-sionierungen und Weiterbildungen gab.»

Demnächst wird sie wieder mit den Chefs verhandeln. Denn zwischen der Unia und der Cremo gibt es einen Firmen-Gesamtarbeitsvertrag, diesen Frühling stehen Neuverhandlungen an. Vorher gibt's eine

Umfrage unter den Mitarbeitenden, welches die wichtigsten Forderungen sind. Wie meist in der Nahrungsmittelindustrie seien die Löhne bei Cremo eher tief, sagt Brunner: «Insgesamt sind unsere Arbeitsbedingungen okay, aber die Firma könnte noch deutlich mehr machen.» Sie freue sich darauf, mit den Chefs an den Tisch zu sitzen, sagt Laborantin Brunner: «Ich glaube, ich bin gut darin, einen Standpunkt zu vertreten und dann eine Lösung auszuhandeln.»



MAUDE BRUNNER KÄSE-FAN

Trotz ihrer Begeisterung für Milch und Käse: sie sei eigentlich kein «Landkind» gewesen, sagt Maude Brunner. Weder Vater noch Mutter hatten einen Bezug zur Landwirtschaft. Aber ja, ihr sei die Natur wichtig. An den Wochenenden geht sie oft wandern, daneben spielt sie Tennis und fährt Ski.

MHH! Und natürlich isst sie gern Käse. «Nicht gerade täglich», sagt sie mit einem Schmunzeln, «aber sicher mehrmals pro Woche.» Ihre Lieblingskäse sind der «Brigand du Jorat», ein Halbhartkäse, der mit dem eingedickten Apfelsaft Vin cuit verfeinert wird, und «Le Maréchal», ein würziger Rohmilch-käse aus dem Kanton Waadt. «Aber auch einen ganz normalen Gruyère mag ich sehr gern.»



DIE QUALITÄT MUSS STIMMEN: Laborantin Maude Brunner macht chemische Analysen oder Bakterienkulturen von Milchprodukten.

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name

Strasse

PLZ/Ort

Telefon/E-Mail

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch; Anne-Sophie Zbinden (Stv. Chefredaktorin, Produzentin), annesophiezbinden@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Jonas Komposch, jonaskomposch@workzeitung.ch; Patricia D'Incau (Digitalredaktorin), patriciadincau@workzeitung.ch; Johannes Supe, johannessupe@workzeitung.ch **Mitarbeit an dieser Nummer** Katrin Bärtschi, Peter Bodenmann, Oliver Fahrni, Martin Jakob, Andreas Rieger, Clemens Studer, Jean Ziegler. **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch **Korrektur** Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch; Andrea Leuthold **Sekretariat** Mirka Grossenbacher (Mo–Mi, Fr), verlag@workzeitung.ch **Anzeigenmarketing** Mirka Grossenbacher, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 69 344 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.